



Deutsche Polizei

Nr. 11 November 2006

Zeitschrift der Gewerkschaft der Polizei

PC-Arbeitsplatz – immer „diensttauglich“?



In dieser Ausgabe:

Gesundheitsreform:
Die Versicherten sind die
Leidtragenden

Tarifpolitik:
Der TV-Länder tritt
in Kraft

Polizei im Netz:
Erste „Internetwache“
gab es in Brandenburg

Ausstattung:
Interaktiver
Funkstreifenwagen

Ausbildung im Umbruch:
PFA auf dem Weg zur Deutschen
Hochschule der Polizei

Polizei im Fernsehen:
Kommissar ohne Mätzchen
und Allüren

Historie:
Armee gegen die
eigenen Bürger?

Junge Gruppe

WM-Geschichten

2 KURZ BERICHTET

4 KOMMENTAR

Kongressgedanken

3/4/5/19 FORUM

6 TITEL/ARBEITSSCHUTZ

10 Jahre Bildschirmarbeitsverordnung

14 GESUNDHEITSREFORM

Die Versicherten sind die Leidtragenden

16 TARIFFPOLITIK

Der TV-Länder tritt in Kraft

18 EUROCOP

Pleiten, Pech und Pannen

20 AUSSTATUNG

Interaktiver Funkstreifenwagen

POLIZEI IM NETZ

Erste „Internet-Wache“

AUSBILDUNG IM UMBRUCH 22

PFA auf dem Weg zur Deutschen Hochschule der Polizei

WELTMÄNNERTAG 23

Gesundheitsmuffel Mann

POLIZEI IM FERNSEHEN 24

Kommissar ohne Allüren und Mätzchen – mal kucken

TV-MARATHON

Matschig in der Birne

HISTORIE 25

Armee gegen die eigenen Bürger? – Historische Erfahrungen in Deutschland

HANS-BÖCKLER-STIFTUNG 31

Betriebs- und Dienstvereinbarungen gesucht

JUNGE GRUPPE 32

WM-GESCHICHTEN 35

Geschichten aus Deutschlands fröhlichsten Tagen

Titelbild:
Fotos Jana Sanders (GdP Sachsen)/
Wilfried Püschel
Titelgestaltung Rembert Stolzenfeld



**Deutsche
Polizei**



Druckauflage dieser Ausgabe:
180.602 Exemplare
ISSN 0949-2844



Inhalt:
100% Recyclingpapier
Umschlag:
chlorfrei gebleicht



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung

**Nr. 11 • 55. Jahrgang 2006 • Fachzeitschrift
und Organ der Gewerkschaft der Polizei**

Herausgeber:
Gewerkschaft der Polizei,
Forststraße 3a, 40721 Hilden,
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-0,
Fax (0211) 7104-222
Homepage des Bundesvorstands der GdP:
<http://www.gdp.de>

Redaktion Bundesteil:
Marion Tetzner
(verantwortliche Redakteurin)
Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle,
Stromstraße 4, 10555 Berlin,
Telefon (030) 39 99 21 - 114
Fax (030) 39 99 21 - 190
E-Mail: gdp-redaktion@gdp-online.de

Grafische Gestaltung & Layout:
Rembert Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfasseramen erschienenen
Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung
der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte
Manuskripte kann keine Gewähr übernommen
werden. Mitteilungen und Anfragen bitten wir
an den jeweiligen Landesbezirk zu richten.

Erscheinungsweise und Bezugspreis:

Monatlich 2,90 EURO zuzüglich Zustellgebühr.
Bestellung an den Verlag.
Für GdP-Mitglieder ist der Bezug durch den
Mitgliedsbeitrag abgegolten

Verlag:
VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-183,
Fax (0211) 7104-174
E-Mail: vdp.anzeigenverwaltung@vdpolizei.de

Geschäftsführer:
Bodo Andrae, Joachim Kranz

Anzeigenleiter:
Daniel Dias
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 29
vom 1. Januar 2005

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co.KG,
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern,
Postfach 1452, 47594 Geldern,
Telefon (02831) 396-0, Fax (02831) 89887

GDP-GEWINNSPIEL:

Hauptpreis übergeben

Mit einem strahlenden Lächeln nahm Jens Isensee, 37-jähriger sitzender Konrad Freiberg überreichte Mitte September dem



So sieht ein Sieger aus: Jens Isensee (2. v. r.) aus Halberstadt mit seinem neuen Mini – Konrad Freiberg (r.), Hugo Müller (l.), im GdP-GBV u. a. zuständig für Werbung, und Roland Kowalski (2.v.l.), BMW-Vertriebsbeauftragter Verkauf Einsatzfahrzeuge, freuen sich mit dem Gewinner.

Foto: Michael Zielasko

Polizeibeamter aus Halberstadt in Sachsen-Anhalt, den Hauptpreis des GdP-WM-Gewinnspiels – einen nagelneuen Mini ONE – entgegen. GdP-Bundsvor-

überglicklichen Gewinner in der Mini-Niederlassung Berlin die Fahrzeugschlüssel.

Jens Isensee, der in Begleitung seiner Frau Babett den Weg nach

BREMEN:

Alimentierung durchgesetzt

Berlin noch mit dem Zug bewältigte, wollte zunächst nicht glauben, dass gerade sein Name aus den rund 3.500 Teilnehmerlosen gezogen wurde. „Ich habe erst gedacht, jemand will mich auf den Arm nehmen, als mir Konrad Freiberg telefonisch mitteilte, ich hätte den Wagen gewonnen.“ Erst als der Fahrzeugbrief ankam, hatte er Gewissheit. Vor Rührung, so Frau Babett, habe Jens die eine oder andere Träne vergossen.

Die Studenten des 1. Studienjahres im Studiengang gehobener Polizeivollzugsdienst in Bremen sollten einen Studentenstatus erhalten, d. h. keine Ernennung zu Polizeikommissaranwärter(innen) und somit keine Alimentation. Damit konnte sich die GdP Bremen ganz und gar nicht einverstanden erklären und hat intensiv und klar dagegen argumentiert. Vor allem hat sie Aufklärungsarbeit in Bezug auf die Bachelor-Entwicklung geleistet und verdeutlicht, dass aus einer Umstellung eines Diplom-Studienganges auf einen Bachelor-Studiengang die Notwendigkeit einer Nichtalimentation nicht abzuleiten ist und die Folgen, die eine derartige Nichtalimentation mit sich brächten ausführlich dargelegt. Dem konnte der ursprüngliche Beschluss nicht standhalten: Insgesamt 38 Student(innen) des Bachelor-Studienganges Polizeivollzugsdienst erhielten am 2.10.2006 ihre Ernennungsurkunden zum/zur Polizeikommissarsanwärter/in.

Seit seinem Eintritt in die GdP im Januar des vergangenen Jahres hat sich der Polizeioberkommissar gewerkschaftlich engagiert. Zurzeit bekleidet er das Amt des Schriftführers im Vorstand der Bezirksgruppe Halberstadt. In die GdP-WM-Spiel-Verlosung geriet er als erfolgreicher Mitgliederwerber: „Nur eine starke Gewerkschaft kann Arbeitnehmerinteressen erfolgreich durchsetzen, daher beteilige ich mich aktiv an der Mitgliederwerbung.“

Gleich am Tag nach der Preisübergabe haben die beiden samt Tochter eine Spritztour in den Harz unternommen.

Die GdP wünscht weiter „Allzeit gute Fahrt!“

MiZi

Reiner Wöbken

GDP UND DBWV FORDERN:

Endlich Einmalzahlungen für Beamtinnen und Beamte regeln

Im 2005 ausgehandelten TVöD wurden für die Beschäftigten Einmalzahlungen vereinbart. Die GdP dringt seither auf die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung auf die Beamtinnen und Beamten der Bundespolizei und des Bundeskriminalamtes. Während die Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes bereits die Zahlungen für 2005 und 2006 vollständig erhalten haben, warten die Polizistinnen und Polizisten noch immer auf 500 Euro.

Innenminister Schäuble verwies darauf, dass die Sache im Rahmen der angestrebten Dienstrechtsreform geregelt würde. Termine wurden nicht genannt. Daher fordert die GdP gemeinsam mit dem Deutschen Bundeswehrverband (DBwV) die Regierung auf, schnellsten zu einer Regelung zu kommen, um den Beamtinnen und Beamten sowie den Soldatinnen und Soldaten ihre noch ausstehenden Beträge zu zahlen. red.

GDP-FRAUENGRUPPE (BUND):

Newsletter und aktueller AGG-Flyer

Auf der Bundesfrauenkonferenz im März 2006 wurde der neue Newsletter der GdP-Frauengruppe (Bund) beschlossen, im August lag die erste Ausgabe vor, die nächste ist in Vorbereitung. Unter der Regie von Dagmar Hölzl, Mitglied im Geschäftsführenden Bundesvorstand der Frauengruppe (Bund), soll er künftig viermal im Jahr erscheinen – mit interessanten Informationen und vielen Berichten aus der Arbeit der GdP-Landesfrauengruppen.

Der Newsletter wird im Mitgliederbereich der GdP-Homepage (Ressort Frauen) zum Download bereitgestellt. Unter anja.weusthoff@gdp-online.de

kann der Newsletter abonniert werden.

Aktuelle Informationen bietet auch ein neuer Flyer zum Inkrafttreten des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG, vgl. DP 8/2006), den ebenfalls die Frauengruppe (Bund) erstellt hat. Er erläutert die wichtigsten Neuerungen, die sich durch das AGG ergeben haben, weist auf die Pflichten des Dienstherrn und die Rechte von Beschäftigten und Personalrat hin und zeigt auf, warum Nachbesserungen im Gesetz notwendig sind. Der Flyer (PDF-Format) steht im Mitgliederbereich der GdP-Homepage (Ressort Frauen) zum Download bereit. weust

TV-LÄNDER:

GdP auf Schulungs-Tournee

In der Zeit vom 4. - 6. September wurde in Berlin durch den GdP-Bundesvorstand eine Tarifschulung zum TV-L für die Kolleginnen und Kollegen der Landesbezirke durchgeführt. Es referierten die Kolleginnen Alberdina Körner und Michaela Schenkluhn. Weitere Informationsveranstaltungen fanden am 14. September im Saarland und am 18. September in Rheinland-Pfalz statt. Sämtliche Veranstaltungen erfreuten sich einer regen Teilnahme, da nach über 40 Jahren endlich ein Wechsel vom BAT und MTArb zum TVöD und TV-L vollzogen worden ist. (zum TV-L siehe auch Seite 16) *kör*

INNERE SICHERHEIT:

Verteidigungsminister sorgte für Irritationen

Zu den immer wieder auftauchenden Diskussionen um den Einsatz der Bundeswehr im Innern bezieht die GdP eindeutige Stellung: „Der Schutz der Inneren Sicherheit Deutschlands ist und bleibt ganz allein Aufgabe der Polizei“, so GdP-Bundesvorsitzender Konrad Freiberg in Bezug auf jüngste Äußerungen von Bundesverteidigungsminister Franz Josef Jung zum möglichen Einsatz von Bundeswehrsoldaten im Innern. Das von Minister Jung geschilderte Szenario „denkbarer Gefährdungen – beispielsweise terroristischer Art“ könne sich insbesondere nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Luftsicherheitsgesetz ausschließlich auf den Bereich der Amtshilfe beziehen. – da, wo die Polizei mit ihren Einsatzmitteln Gefahrenlagen, sei es aus der

Luft oder von See her, nicht bekämpfen kann. „Bundeswehrsoldaten, darunter auch Wehrpflichtige, sind nicht geeignet, Lücken bei der Polizei zu stopfen, die durch einen rigorosen Personalabbau verursacht werden“, so Freiberg. *red.*

KRIMINALITÄT:

Rechte Straftaten nehmen zu

Das Bundeskriminalamt hat von Januar bis Ende August fast 8.000 rechte Straftaten registriert - 20 % mehr als in den ersten acht Monaten des vergangenen Jahres. Gleichzeitig nahm die Brutalität der Szene zu. Und folgerichtig steigt die Aufregtheit in der Politik. Natürlich ist es die Aufgabe der Polizei, rechtsextremistische wie auch jede andere Form von Kriminalität konsequent zu bekämpfen. Das kann jedoch nicht die Defizite der verheerenden Kürzungspolitik in Bund, Ländern und Kommunen reparieren: Das kurzsichtige Streichen wichtiger Gelder für Kinder- und Jugendprojekte, der Abbau von Jugendsozialarbeitern und die von vielen klammen Kommunen nahezu wehrlos hingegenommene Verwahrlosung von Spielplätzen und Jugendtreffs bieten rechtsextremistischen Propagandakräften ideale Plattformen für die Vermittlung ihrer kruden Weltanschauung.

Die Wahlerfolge rechtsextremer Parteien in der letzten Zeit zeigen, dass es den Rechtsextremisten zunehmend gelingt, bei den Wählern den Eindruck zu erwecken, dass nur noch sie sich wirklich um die Probleme vor Ort kümmern.

Die Politiker sollten sich schleunigst ihres selbstverständlichen Auftrags erinnern und sich wieder um die Menschen und deren Probleme kümmern. Dazu gehört auch, Geld in die Hand zu nehmen, um Familien, Kindern und Jugendlichen wieder Angebote machen zu können.

red.

Zu: Leserbrief von Ernst-Otto Wagner, DP 10/06

Zustimmen kann und will ich dem, was Ernst-Otto Wagner zum Thema „Von Beurteilten und Beurteilern“ geschrieben hat. Auch ich habe schon vor Jahren gegenüber meinen Vorgesetzten gesagt: Weg mit den Beurteilungen, denn nur dann kann das Klima in der Polizei wieder besser werden und die Kollegen/Kolleginnen werden zufriedener sein. Wir brauchen keine Beurteilungsrunden, die nur „alles durcheinander bringen“, sondern ein Laufbahnverlaufmodell (wie Koll. Wagner auch sagt), an dem sich der Kollege/die Kollegin orientieren können. Wenn man dann noch hört, dass nur noch die Leistung zählt, dann kann man nur noch fragen: Wo führt das die Polizei noch hin?

*Klaus Dörzbacher,
PD Tauberbischofsheim*

Zu: Von Beurteilten und Beurteilern, DP 9/06 und Leserbrief des Kollegen Wagner, DP 10/06

Den 1. Punkt (alt und jung) möchte ich aufgreifen. Nur um klarzustellen, dass ich kein verärgertes „Benjamin“ bin, sei erwähnt, dass ich seit 13 Jahren Polizist bin. Koll. Wagner schrieb, dass die jungen Kollegen von den älteren und erfahrenen Kollegen lernen würden und die „Alten“ u. a. deshalb auch besser beurteilt werden müssen (PUNKT). Auch wenn dies unpopulär ist, sehe ich das nicht ganz so einseitig.

Die Kollegin Knospe hatte hierzu unter den Begriffen „Senioritätsprinzip“ und „Benjamin-Effekt“ geschrieben, dass „jungen und leistungsorientierten MitarbeiterInnen Leistungsanreize genommen werden ...“ u. a. dadurch, dass nicht Leistung, sondern das Alter die maßgebenden Beurteilungskriterien seien. Leider ist es meiner Meinung nach zumeist so, dass auf der gleichen Bewertungsebene tatsächlich überwiegend nur nach der bisherigen Standzeit, bzw. dem Alter des zu Beurteilenden ge-

fragt wird – gleichgültig ob sich die angeblich auch so hohe Dienst- erfahrung, die sich bei vielen offenbar auf das Erfahrungswissen: „Wer arbeitet macht auch Fehler und wer nichts tut macht eben keine“ erschöpft.

In allen Altersgruppen gibt es selbstverständlich Ausnahmen, aber ich muss sagen, dass viele tatsächliche Dienstanfänger professioneller an zu bewältigende Einsätze herangehen, als so mancher Mittvierziger, der noch nicht einmal den Streifenwagen verlässt, dafür aber große Qualitäten im „Abwimmeln“ besitzt. Ich bin der Meinung, dass im alltäglichen Dienst durchaus Unterschiede in den Fähigkeiten der Angehörigen z. B. einer Dienstabteilung oder auch einer Dienststelle erkennbar (und somit beurteilbar) sind. Der Nachvollziehbarkeit einer Beurteilung wäre sehr gedient, wenn die unmittelbaren Vorgesetzten allgemein mehr Fleiß in die Fertigung von Beurteilungsvermerken stecken würden. Denn herausragende Erfolge, quantitative Arbeitsleistungen oder die Qualität von Anzeigen sind sehr wohl feststellbar. Schwierig wird es natürlich, wenn darüber am Ende eines Dreijahreszeitraumes geurteilt werden soll und nur der allgemeine Eindruck zählt (den ja bekanntlich kurz vor den Beurteilungen jeder nochmals aufzupolieren versucht).

Das System, dass jeder nach soundsoviel Jahren Geduld A10/A11 wird, ist m. E. der pure Sozialismus. Jeder kann doch für sich entscheiden, wie viel Energie er in seinen Beruf stecken möchte. Wenn das nicht so viel ist, dann soll er bis an das Ende seiner Tage im Eingangsamt bleiben. Wenn er seinen Beruf aber tatsächlich als Berufung sieht, warum soll er dann nicht auch eher als andere aufsteigen? Relevant können nur die Leistungen im entsprechenden Beurteilungszeitraum sein und nicht die letzten 20 Jahre. Die Leistungen müssen dann aber auch aktenkundig und für alle anderen transparent gemacht werden.

Marco Wendt, PI Soltau

Fortsetzung auf Seite 4

KOMMENTAR

Kongressgedanken

In diesen Tagen treffen wir die letzten Vorbereitungen für unseren 23. Ordentlichen Bundeskongress. Er wird vom 13. bis zum 16. November in Berlin stattfinden. Mehrere Grußworte von Politikern sind bereits bei uns eingegangen, auf dem Kongress wollen sogar die



Bundeskanzlerin Angela Merkel und der SPD-Vorsitzende Kurt Beck das Wort an die Delegierten richten. Natürlich fühlt man sich da geehrt. Trotz aller Ehre dürfen wir nicht vergessen, dass es eben die Regierenden in Bund und Ländern sind, die unsere Lage in der Polizei seit einigen Jahren in eine Schieflage bringen.

Wenn wir auf die letzten Jahre blicken, so gibt es sowohl im Sicherheitsbereich als auch in unserem gesamten Staat eine Menge wirklich neuer Entwicklungen, die Auswirkungen auf jeden Einzelnen von uns haben – denken wir an den Terrorismus, der nun seit über 5 Jahren bereits eine zentrale Aufgabe im Sicherheitsgefüge einnimmt. Denken wir an die Absichten, den Flächentarifvertrag zu beseitigen, wodurch viele ar-

beitende Menschen, die die gleichen Tätigkeiten ausüben, unterschiedlich entlohnt werden sollen. Denken wir an die Föderalismusreform, die zwar den Machtdrang der Landesoberhäupter befriedigen mag, aber deren Nutzen für Deutschland insgesamt sich mir immer noch nicht erschließen will – weder unter dem Sicherheits- noch unter dem Finanzaspekt. Oder wird die Bundesrepublik sicherer dadurch? Oder haben wir dadurch gar mehr Mittel für die Polizei zur Verfügung, damit die Bürgerinnen und Bürger sich in ihrem Land sicherer fühlen und unsere Kolleginnen und Kollegen angemessen ausgestattet und bezahlt werden? Denken wir auch an die Erhöhung der Mehrwertsteuer im kommenden Jahr ...

Wir haben uns schon fast daran gewöhnt, dass uns das Urlaubs- und Weihnachtsgeld bis zur Unkenntlichkeit beschnitten oder gar ganz gestrichen wurde, dass es Verschlechterungen fast auf der ganzen Linie gibt, dass nichts mehr sicher ist – weder unser Ein- noch unser Auskommen.

Und wenn wir an die gegenwärtig favorisierte Konzeption für eine Gesundheitsreform denken, kann man nur den Kopf schütteln. Nicht nur, dass der Nutzen der Reform sich bislang niemand so recht offenbart, auch das Verfahren ist beunruhigend: Ich habe noch niemanden getroffen, der mit dieser Reform einverstanden ist. Dennoch wird sie durchgepeitscht. Dabei liegen Alternativvorschläge auf dem Tisch. Ist das unser Verständnis von Demokratie und Beteiligung?

Diese Regierung muss sich schon fragen lassen, wohin es mit unserem Sozialstaat geht.

Und ob sie in der Mitwirkung der Gewerkschaften künftig nur noch eine formale Anhörung sieht, die man geflissentlich auch einfach überhören kann.

Auch wir werden uns auf dem Kongress der Frage nach dem Weg zu einem gerechten Sozialstaat stellen müssen. Wir werden darüber diskutieren, was mit der Föderalisierung auf uns zukommen wird – auf die Bundesbürgerinnen und Bundesbürger allgemein, auf alle Polizeibeschäftigten – und wie wir als Gewerkschaft darauf reagieren.

Wir müssen unsere Vorstellungen und unsere Rolle in diesem Staat unter den jetzigen Bedingungen beraten und unsere Einflussmöglichkeiten weiter ausloten.

Wir wissen, dass das gesellschaftliche Dilemma nach gewerkschaftlichen Aktivitäten verlangt. Daher werden wir unseren Kongress nutzen, um Schwerpunkte für die nächsten Jahre festzulegen. Wir werden konstruktiv darüber streiten, wo es gemeinsame Interessen mit anderen Gewerkschaften gibt, man also gemeinsam ein Stück Weg gehen kann, aber auch, wo Trennendes liegt und wo wir unser eigenes Profil deutlich machen müssen.

Fest steht, dass es ohne einen konstruktiven Dialog mit der Politik auf allen Ebenen auch künftig nicht gehen wird. Und deshalb messen wir dem Besuch der Bundeskanzlerin und des SPD-Parteivorsitzenden auf unserem Kongress mehr Bedeutung bei, als nur einer netten Geste. Wir hoffen, dass es sich nicht nur um freundliche Grußworte handelt, sondern um ein Zeichen des Verständnisses für die Interessen der Arbeitnehmer/der Beschäftigten der Polizei.

Zu: Streit um Beurteilungen, DP 9/06

Ich möchte darauf hinweisen, dass die im Artikel aufgeführten Rechtsmittel und Verfahrensweisen zumindest in Berlin nur teilweise zutreffen. Dazu sei beispielhaft aufgeführt, dass die einschlägige Kommentierung Germalman/Binkert ein Anwesenheitsrecht bei einem vor der Beurteilung stattfindenden Gespräch verneint, im Gegensatz zu den Ausführungen im Artikel. Ebenso wenig findet in Berlin ein Verwaltungsverfahren statt, wenn einem Antrag auf Änderung einer Beurteilung nicht gefolgt wird. Gemäß § 111a LBG bedarf es eines Vorverfahrens nicht in Angelegenheiten, die dienstliche Beurteilungen betreffen. In Berlin ist also bei Ablehnung eines Änderungsantrages unmittelbar der Klageweg zu beschreiten.

Abweichungen in anderen Bundesländern sind mir naturgemäß nicht bekannt und müssten von dort kundgetan werden.

Als Personalrat möchte ich mit meinem Einwand nur erreichen, dass unseren Mitgliedern länderspezifische Unterschiede klar werden, um das Vertrauen sowohl in die Aussagen der DP als auch in die der hiesigen Personalräte nicht zu erschüttern.

Uwe Küßner, per E-Mail

Zu: DP 10/06

Mit Freude habe ich festgestellt, dass in der DP der inhaltliche Bezug zu den Problemen des Beamten (m/w) auf der Straße wieder größer geworden ist.

Zur Ausgabe 10/06 möchte ich folgende Anmerkungen machen:

Zum Artikel „Genügend auf Auseinandersetzung mit Rechts extremismus vorbereitet?“:

Ich würde mir wünschen, dass in der Ausbildung mehr über die tatsächlich im jeweiligen Bundesland vorhandenen rechten führenden Personen, Strukturen und Erscheinungsformen berichtet wird und wie man sie – auch als kriminologisches Phänomen – bekämpfen kann.

Des Weiteren sollte allgemein die Tätigkeit als Mitglied einer (Einzeldienst-) Hundertschaft theoretisch und vor allem praktisch häufiger trainiert werden. Gerade bei politischen Demonstrationen entstehen rechtlich wie polizeitaktisch heikle Situationen, die zum Teil vorhersehbar sind und in Aus- und Fortbildung behandelt werden könnten.

Zumindest in Schleswig-Holstein sind die von Ihrem Autor eingebrachten Ideen in dem PolizeifH-Studium längst umgesetzt. Politik, Geschichte, Kommunikation, Konfliktstehung und -bewältigung, all das und mehr stehen längst auf dem Lehrplan. Bisweilen wird hier sogar zu viel des Guten betrieben.

Zu: „Das Erscheinungsbild uniformierter Polizeibeamter“

Für mich ist es nach wie vor völlig unverständlich, wie sich manche Kolleginnen und Kollegen kleiden oder frisieren. Es muss doch jedem, der zur Polizei geht, bewusst sein, dass hier ein gewisser „Dress-Code“ herrscht. Da kann man sich doch hinterher nicht den grünen Irokesen-Schnitt einklagen wollen. Als Begründung zählt für mich ein Punkt vorrangig, der im Bericht nicht genannt wird: die Eigensicherung. Ein „korrektes“, aber vor allem einheitliches Auftreten der Beamten macht Eindruck auf potentielle Gewalttäter. Wir signalisieren durch ein einheitliches Auftreten Entschlossenheit und gegenseitige Unterstützung.

Zu: Leserbriefe zum Beitrag „Von Beurteilten und Beurteilern“

Ich bin immer wieder erschrocken über die Schwarz-Weiß-Malerei, die ältere Kollegen wie die Kollegen Wagner und Hinz betreiben. Mit pauschalen, abfälligen Bemerkungen über „junge“ Kollegen und dem Verweis auf die eigenen Dienstjahre ist weder der Effizienz der Polizei und ihrem Beförderungswesen noch dem Betriebsklima gedient. Ziel des Beurteilungssystems muss es doch sein, jeden Einzelfall zu beurteilen.

Es gibt durchaus jüngere Kolleginnen und Kollegen die mit 25

oder 30 Lebensjahren voll im Leben stehen und ihren eigenen Weg im polizeilichen Alltag finden. Es gibt darunter einige, die unter dem von Kollegin Knospe so genannten Benjamin-Effekt leiden. Dem entgegen gibt es neben der Vielzahl vorbildhafter alt gedienter Kolleginnen und Kollegen auch echte Faulpelze, die sich nur unter Hinweis auf ihre Dienstzeit Privilegien verschaffen wollen.

Den Vorschlag vom Kollegen Udo Volkmann zur Beurteilung von Vorgesetzten finde ich hingegen hervorragend.

Jörg Rieckhof, Kiel

Zu: Leserbrief von Tim Bachem, DP 10/06

Vielen Dank dem Koll. Tim Bachem. Er hat mir aus der Seele gesprochen. Wir brauchen zwar keine militärischen Strukturen in der Polizei, aber ein etwas strengeres Regime während der Ausbildung könnte nicht schaden.

Detlef Wichern, Buxtehude

Zu: Genügend auf Rechtsextremismus vorbereitet?, DP 10/06

Mir ist ein kleiner Stein von Herzen gefallen, als ich den Artikel gelesen habe. Endlich gibt es auch junge Leute, die die Zeichen der Zeit erkannt haben und sogar Forderungen an die zuständigen Aus- und Fortbildungsstätten stellen.

Gerade in Zeiten, in denen an öffentlichen Stellen und Vereinen, welche sich mit Präventions- und Opferarbeit Rechtsextremistischer Gewalt oder Aussteigerprogrammen gespart wird, liegt es in der Pflicht eines jeden Beamten jede Straftat oder Ordnungswidrigkeit mit neonazistischem Inhalt konsequent zu verfolgen bzw. zu ahnden.

Doch meist sind die neuen Rechten von heute gar nicht so leicht zu erkennen. Ihr Gesicht hat sich gewandelt, heutzutage kommen sie nicht mehr im martialischen Outfit mit Stiefeln und

Bomberjacke daher sondern anektieren zielgerichtet Jugendkulturen wie die Skate- und Hip-Hop-Szene, um dort ihr Gedankengut mittels eigener Songs und Klamotten unter noch unbekümmerte Jugendliche zu bringen.

Auch möchte ich mich der Meinung des Autors anschließen, dass in den Ausbildungsplänen das Thema mehr zur Sprache kommen sollte. Speziell das Thema Migration und die Hintergründe, warum Ausländer in die EU und nach Deutschland kommen, werden viel zu schwach beleuchtet. Der Kontakt zwischen Polizei und dem vermeintlichen Fremden sollte unbedingt gefördert werden.

Ich kann mich nur den Forderungen des Autors anschließen und hoffe, dass sie auf offene Ohren stoßen.

Robert Kernbaum, Vorbereitender mittlerer Polizeivollzugsdienst



Zunächst einmal sollte es selbstverständlich sein, dass junge Menschen, die sich für den Polizeiberuf entscheiden, sich dem Grundgesetz und dem demokratischen Rechtsstaat verpflichtet fühlen und dass sie auch über ein Mindestmaß an Wissen zur jüngeren deutschen Vergangenheit verfügen.

Als Angehöriger der Bereitschaftspolizei, die ja immer wieder Veranstaltungen der NPD schützen muss, habe ich jedoch eine etwas andere Meinung zum Umgang mit diesem Problem. Man kann sicherlich unter Beifall einer großen Mehrheit ein Verbot dieser Partei (NPD) so oft fordern wie man will, es wird aus verfassungsrechtlichen Gründen erfolglos bleiben und das erste gescheiterte Verbotverfahren brachte genau das Gegenteil von dem, was man damit beabsichtigt hatte. Daraus folgt, dass die Polizei die Kundgebungen leider auch weiterhin schützen muss.

Es ist sicherlich wichtig, dass man als Polizeibeamter weiß, mit wem man es zu tun hat und wie

diese Leute „ticken“. Man sollte aber nicht den Fehler begehen, diesen Leuten in einer Art von Hysterie eine Bedeutung und Wichtigkeit zu geben, die sie nun einmal nicht haben. Es gibt sicherlich lokale Unterschiede, aber für die Sicherheit der Bundesrepublik und den demokratischen Rechtsstaat sind diese Typen keine Gefahr, im Gegensatz zur Weimarer Zeit. Wenn Straftaten begangen werden, muss konsequent eingeschritten werden, was zumindest meiner Wahrnehmung nach auch geschieht. Selbst wenn diese Leute irgendwo im Landtag sitzen, sind sie politisch bedeutungslos. Einen gewissen rechten „Bodensatz“ wird es immer geben und man kann eine Gesinnung auch nicht verbieten.

Diese Leute bekommen jedoch durch das große Medien-echo einen Stellenwert, der ihnen nicht zusteht. Wie toll müssen sich diese lächerlichen Gestalten vorkommen, wenn sie mit 100-200 Personen eine Kundgebung abhalten und dabei von 2.000 Polizeibeamten vor mindestens 1.500 Gegendemonstranten geschützt werden und ihnen dazu noch ein riesiges Medieninteresse entgegenschlägt.

Peter Neusius, Würzburg

Fortsetzung auf Seite 19

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Kontakt zur Redaktion:

**GdP-Bundesvorstand
Redaktion Deutsche Polizei
Stromstraße 4
10555 Berlin
Tel.: 030/39 99 21-114
Fax: 030/39 99 21-190
E-Mail:
gdp-redaktion@gdp-online.de**

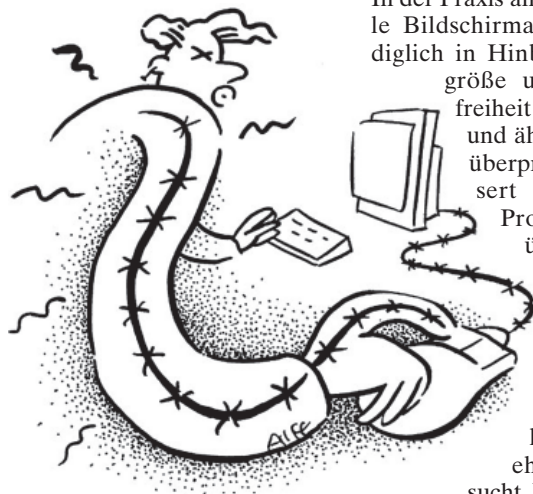
10 Jahre Bildschirmarbeitsverordnung

Die Bildschirmarbeitsverordnung ist nach wie vor Grundlage, wenn es darum geht, bei der Gestaltung der immer mehr sich verbreitenden Bildschirmarbeit mitzubestimmen. Allerdings genügt es nicht, allein die Bestimmungen der Verordnung zu kennen, noch wichtiger ist es zu wissen, wo die aktuellen arbeitswissenschaftlichen Erkenntnisse zu finden sind.

Mit dem Arbeitsschutzgesetz (ArbSchG) vom 7.8.1996 und der kurze Zeit später verabschiedeten Bildschirmarbeitsverordnung (BildscharbV) sind vor zehn Jahren in Deutschland gesetzliche Regelungen zur Gestaltung von Bildschirmarbeitsplätzen geschaffen worden – erzwungen durch EU-Richtlinien von 1989 und 1990. Mit dem Jahr 2000 endeten dann auch die Übergangsfristen und seither müssen nun endlich alle Bildschirmarbeitsplätze ent-

sprechend den Bestimmungen der BildscharbV gestaltet sein. Betroffen sind davon in Deutschland mehr als 17 Millionen Arbeitsplätze.

gungen an Bildschirmarbeitsplätzen in Hinblick auf Sicherheits- und Gesundheitsbedingungen vor (die so genannte Gefährdungsbeurteilung). Diese hat (wie nach ArbSchG an allen anderen Arbeitsplätzen auch) umfassend zu sein. Sie muss also sämtliche ergonomischen Aspekte bearbeiten, vor allem aber die „hinsichtlich einer möglichen Gefährdung des Sehvermögens sowie körperlicher Probleme und psychischer Belastungen“. In der Praxis allerdings sind viele Bildschirmarbeitsplätze lediglich in Hinblick auf Tischgröße und Blendungsfreiheit des Bildschirms und ähnliche Faktoren überprüft und verbessert worden. Die Probleme Augenüberlastung, Bewegungsmangel und Zwangshaltungen am Bildschirmarbeitsplatz hingegen wurden eher selten untersucht. Den psychischen Belastungen gar wird üblicherweise kaum einmal Rechnung getragen – und erst recht keine Abhilfe geschaffen.



Beurteilung der Arbeitsbedingungen

Die BildscharbV schreibt eine Beurteilung der Arbeitsbedin-

Arbeitsbedingungen an Bildschirm- und Büroarbeitsplätzen gibt. Ebenso für den Öffentlichen Dienst den Gefährdungs- und Belastungs-Katalog Verwaltung, Büroräume (Bildschirmarbeitsplätze) GUV-I 8713 vom April 2003. Vom Berufsgenossenschaftlichen Institut für Arbeitssicherheit (BIA) wird darüber hinaus ein Sicherheits-Check für Büroarbeitsplätze angeboten.

Gestaltungsvorschriften für Bildschirmarbeitsplätze

Die BildscharbV schreibt eine Gestaltung der Bildschirmarbeitsplätze nach den in einem Anhang zur BildscharbV festgelegten Kriterien vor und außerdem die Berücksichtigung weiterer Rechtsvorschriften. Wobei schon der BildscharbV-Anhang Forderungen enthält, die oftmals nicht umgesetzt werden. So zum Beispiel die Vermeidung konzentrationsstörenden Lärms, die Einhaltung der Grundsätze der Softwareergonomie, die Unzulässigkeit heimlicher qualitativer oder quantitativer Kontrolle und anderes mehr.

Unter die einzuhaltenden sonstigen Rechtsvorschriften fällt nicht nur die Arbeitsstättenverordnung. Auch der jeweils aktuelle Stand von Technik, Arbeitsmedizin und Hygiene sowie sonstige gesicherte arbeitswissenschaftliche Erkenntnisse sind damit gemeint und zu berücksichtigen.

Einen umfassenden Leitfaden für die Gestaltung von Bildschirm- und Büroarbeitsplätzen stellt die BGI 650 der Verwaltungsberufsgenossenschaft dar, ergänzt durch Praxishilfen für die Gestaltung von Büroarbeit – sicher, gesund und erfolgreich (BGI 5001) und von Büroplanung (BGI 5050).

Der Mensch ist nicht geschaffen, stundenlang sitzend auf einen Bildschirm zu schauen und dabei feinmotorische einseitige Bewegungen auszuführen. Aber der Computer hat die Arbeitswelt erobert. Und der Mensch versucht sich anzupassen.

Sogar eine europäische Richtlinie wurde herausgegeben. Und die brachte es mit sich, dass die Computerarbeitsplätze auch in unserem Land allerorten einer dringlichen Begutachtung unterworfen wurden und sich seither schon etliches verbessert wurde. Manches liegt dennoch im Argen – nicht umsonst treten bei Beschäftigten immer wieder Beschwerden wie Verspannungen, Augenbrennen und der berühmte Mausarm auf, dessen Sehnenscheidenzündung es inzwischen zum zweifelhaften Ruhm einer anerkannten Berufskrankheit gebracht hat. Wer jemals damit zu tun hatte, weiß, wie höllisch die Schmerzen sein können, und wie langwierig eine Behandlung ist, die leider nicht immer von Erfolg gekrönt wird. Kurz gesagt, der Beschäftigte fällt an seinem Arbeitsplatz nicht nur ein paar Tage aus. Und spätestens hier müssten alle Arbeitgeber aufhorchen und die Computerarbeitsplätze mindestens auf europage-rechte Norm bringen, denn diese Kosten sind im Vergleich zu den Folgekosten von Erkrankungen geradezu verschwindend gering.

DP will mit den folgenden Beiträgen dazu inspirieren, Computerarbeitsplätze auch bei der Polizei intensiver in Augenschein zu nehmen und jeden Einzelnen anregen, selbst etwas für seine Gesunderhaltung am PC-Arbeitsplatz zu tun.

Mischarbeit oder Pausen bei der Bildschirmarbeit

Die BildscharbV schreibt auch die regelmäßige Unterbrechung der Bildschirmarbeit »durch andere Tätigkeiten oder durch Pausen, die jeweils die Belastung durch die Arbeit am Bildschirmgerät verringern« vor und gibt dabei der Mischarbeit den Vorrang vor Kurzpausen. Mischarbeit meint die Unterbrechung von Bildschirmarbeit durch andere, nicht bildschirmgestützte Tätigkeiten. Es geht also nicht etwa um die Fortsetzung von Bildschirmarbeit mit einer anderen Software. Arbeitsmedizinische Untersuchungen empfehlen als Obergrenze für Bildschirmarbeit fünf Stunden täglich. Die entsprechenden arbeitswissenschaftlichen Erkenntnisse Mischarbeit in Büro und Verwaltung sind schon 1992 von der BAuA veröffentlicht worden. Die tatsächliche Entwicklung geht aber in die andere Richtung: Eine von der Gmünder Ersatzkasse 2005 veröffentlichte Untersuchung zur Belastungs- und Gesundheitssituation der Berufsgruppe Bürofachkräfte ergab, dass bereits 52 Prozent der Vollzeitkräfte dieser Berufsgruppe täglich zwischen vier und sieben Stunden am Bildschirm arbeiten und 34 Prozent bereits mehr als sieben Stunden – was 1997 nur auf 12 Prozent der Bürofachkräfte zutraf.

Angesichts der um sich greifenden weiteren Vereinseitigung der Büroarbeit, die durch elektronische Workflows immer mehr Arbeitsvorgänge auf den PC verlagert, werden deshalb sinnvolle Arbeitsunterbrechungen durch Kurzpausen – am besten in Form von Bewegungspausen – immer dringlicher.

Bei diesen (selbstverständlich bezahlten) Kurzpausen handelt es sich nicht um die im Arbeitszeitrecht geforderten Ruhepausen. Die kurzzeitigen Pausen sollen dem Auftreten von Ermüdung entgegenwirken. Ergonomisch zu bevorzugen sind mehrere Kurzpausen statt weniger langer Pausen. Die Pausen sollten hinsichtlich ihrer Lage frei wählbar sein.

Augenuntersuchungen und Bildschirmbrille

Der Arbeitgeber muss nach BildscharbV den Beschäftigten vor Aufnahme der Bildschirmarbeit und »anschließend in regelmäßigen Zeitabständen sowie bei Auftreten von Sehbeschwerden, die auf die Arbeit am Bildschirmgerät zurückgeführt werden können, eine angemessene Untersuchung der Augen und des Sehvermögens« durch einen Augenarzt oder eine fachkundi-



ge Person anbieten. Hierbei für notwendig befundene spezielle Sehhilfen für Bildschirmarbeit müssen zur Verfügung gestellt werden. Arbeitgeber sind zu diesem Angebot verpflichtet – was aber häufig unbeachtet bleibt.

Umgekehrt ist es für die betroffenen Arbeitnehmer keine Zwangsuntersuchung, sondern eine arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchung auf freiwilliger Basis. Die Berufsgenossenschaften haben hierzu als G 37 einen Berufsgenossenschaftlichen

Grundsatz für arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen Bildschirmarbeitsplätze herausgegeben. Entscheidend für die Kostentragungspflicht des Arbeitgebers ist die Verwendung der G 37-Vordrucke. Betriebs- und Personalräte sollten deshalb diese Vordrucke im Betrieb bekannt machen und vorhalten.

Das Arbeitsgericht Neumünster hat am 20.1.2000 verfügt, dass der Arbeitgeber im erforderlichen Umfang auch spezielle Sehhilfen (sprich: Bild-

schluss des ArbG Kaiserslautern vom 12.6.2001 (5 Ca 316/01) vom Arbeitgeber allerdings nicht getragen werden.

Es empfiehlt sich, das hier beschriebene Verfahren in einer Betriebs-/Dienstvereinbarung zu regeln.

Mitbestimmung greift für Betriebs- und Personalrat

Wesentlicher Ansatzpunkt für die Einflussnahme auf die Bildschirmarbeitsplatzgestaltung ist für Betriebsräte der § 87 Abs. 1 Nr. 7 BetrVG (Mitbestimmung beim Gesundheitsschutz). Dazu hat das Bundesarbeitsgericht mit Beschluss vom 8.6.2004 (1 ABR 13/03 – IBM Hannover) eine ausführliche Klärung vorgenommen.

Demnach steht dem Betriebsrat – entgegen der Auffassung mancher Arbeitgeber – ein Mitbestimmungsrecht nach § 87 Abs. 1 Nr. 7 BetrVG sowohl hinsichtlich der Gefährdungsbeurteilung nach § 5 ArbSchG und § 3 BildscharbV als auch hinsichtlich der Ausgestaltung der Unterweisung nach § 12 ArbSchG zu. Nach § 87 Abs. 1 Nr. 7 BetrVG hat der Betriebsrat bei betrieblichen Regelungen über den Gesundheitsschutz mitzubestimmen, die der Arbeitgeber zwar auf Grund einer öffentlich-rechtlichen Rahmenvorschrift zutreffen hat, bei deren Gestaltung ihm aber Handlungsspielräume verbleiben. Mitzubestimmen hat der Betriebsrat bei der Ausfüllung dieses Spielraums. Kommt es zu keiner Einigung, kann der Betriebsrat die Initiative zur Bildung einer Einigungsstelle ergreifen.

Schon mit Urteil vom 2.4.1996 (1 ABR 47/95) hatte das Bundesarbeitsgericht dem Betriebsrat auch das Recht eingeräumt, Pausen bei der Bildschirmarbeit durchzusetzen. In Hinblick auf den Öffentlichen Dienst hat mit Urteil vom 8.1.2001 (6P 6/00) auch das Bundesverwaltungsgericht die Mitbestimmung des Personalrats nach § 75 Abs. 3 Nr. 11 BPersVG zu Kurzpausen während der Bildschirmarbeit bestätigt. >

- Die Bildschirmarbeitsverordnung enthält eine Reihe von Gestaltungsvorschriften, die in der Praxis oft nicht berücksichtigt werden.
- Besonders wichtig (und besonders selten umgesetzt) ist die Verpflichtung, Bildschirmarbeit möglichst immer mit nicht bildschirmgebundenen Tätigkeiten zu kombinieren (Mischarbeit).
- Um dem Trend zur ununterbrochenen Bildschirmarbeit entgegenzuwirken, werden ganzheitliche Konzepte für die Büroarbeit gebraucht. Ziel ist das „Büro zum Wohlfühlen“ ...

Damit ist für Betriebs- und Personalräte die Tür weit aufgemacht, bei der Umsetzung und Ausfüllung der BildscharbV mitzubestimmen und entsprechende Vereinbarungen abzuschließen.

Neue Konzepte zur Bildschirmarbeit

Die Zahl der ausschließlich am Bildschirm Arbeitenden ist in den letzten Jahren drastisch angewachsen. Deshalb musste zwangsläufig auch die Gruppe derer zunehmen, die von einer Belastung durch Bildschirmarbeit oder Arbeiten in Zwangshaltung berichten.

Schwerpunkte der Beschwerden sind Schulter- und Nackenprobleme, Glieder- und Gelenksbeschwerden, Rückenschmerzen, Müdigkeit, Erschöpfung, Kopfschmerzen oder Nervosität. Bei vier Prozent der von der Gmünder Ersatzkasse Befragten wurde dadurch die Arbeitsfähigkeit häufig eingeschränkt, bei 48 Prozent war dies manchmal der Fall. Die Zufriedenheit mit den Arbeitsbedingungen hat zwischen 1997 und 2004 deutlich abgenommen. Mit der Zahl der Aufenthaltstage im Krankenhaus befinden sich Bürofachkräfte unter zehn Vergleichsberufen in der oberen Hälfte auf Platz sieben und beim Arzneimittelkonsum gehören sie zur Spitze (nur

Sprechstundenhilfen haben mehr Verschreibungen).

Büroarbeit ist, wie die BAuA schreibt, »entgegen landläufiger Meinung keine relativ belastungsarme Tätigkeit«. Typisch seien vielmehr, so die BAuA, »Kopfschmerzen, Beschwerden im Rücken-, Nacken- und Schulterbereich, Handgelenksentzündungen [...], psychische Belastungen und Augenbeschwerden«. Angesichts dieser Probleme »greifen einzelne korrektive Maßnahmen wie z. B. ein ergonomischer Bürostuhl oder eine gute Beleuchtung«, so die BAuA, »meistens zu kurz, da auch Fragen der Arbeitsorganisation und der Arbeitsinhalte berührt sind.«

Gefragt sind deshalb Konzepte, die den Bildschirmarbeitsplatz als System begreifen und alle Bereiche, also die Gestaltung der Arbeitsumgebung, der Arbeitsmittel, der Arbeitsorganisation und der Arbeitsinhalte einer kritische Analyse unterziehen, sie gegebenenfalls verbessern und dem Menschen und seinen Bedürfnissen anpassen. Arbeits- und Gesundheitsschutz bei der Büroarbeit muss dem Ziel verpflichtet sein, Wohlbefinden im Büro zu gewährleisten.

An dieser Aufgabe arbeitet inzwischen INQA, die Initiative Neue Qualität der Arbeit, getragen von der BAuA gemeinsam mit den Sozialpartnern, Berufsgenossenschaften und anderen Spitzenorganisationen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes. Im Jahr 2002 wurde in diesem Rahmen der Initiativkreis „Neue Qualität der Büroarbeit“ (INQA Büro) gebildet. Hier laufen die alle neuen arbeitswissenschaftlichen Erkenntnisse zum Thema Büroarbeit zusammen. Sitzlust statt Sitzfrust, Wohlbefinden im Büro, die Zukunft der Büroarbeit und andere wichtige Informationen zur Gestaltung von Büro- und Bildschirmarbeit können bei INQA Büro bezogen oder aus dem Internet heruntergeladen werden unter: www.inqa-buero.de

Dr. Manuel Kiper

Mit freundlicher Genehmigung des Autors und des Verlages (Erstveröffentlichung in Computer Fachwissen Nr. 7/8, S. 30 ff, aib-Verlag)

Bestmögliche Ausstattung

Die Bearbeitung von Verkehrsordnungswidrigkeiten bei der Bußgeldstelle der Berliner Polizei wurde auf eine vollständig papierlose Vorgangsbearbeitung umgestellt. Der damit zwangsläufig verbundene Abbau von Arbeitsplätzen konnte leider nicht verhindert werden. Jedoch konnte der Gesamtpersonalrat (GPR) eine bestmögliche Ausstattung der PC-Arbeitsplätze erreichen.

117 cm. Dieses bedeutet, dass die Betroffenen sowohl im Sitzen als auch im Stehen am Bildschirm arbeiten können. Dieses muss natürlich bei der Einführung detailliert erläutert werden, damit auch tatsächlich im täglichen Dienst ein häufiger Wechsel zwischen Arbeiten im Sitzen und Stehen erfolgt.

Neben zwei 17-Zoll-TFT-Bildschirmen steht ein höhenverstellbarer Drehstuhl mit



Der Beschäftigte muss bei der elektronischen Akte nahezu ausschließlich am Bildschirm arbeiten. Durch Erfahrungen beim Ordnungsamt in Hannover, wo das System bereits eingeführt worden war, war klar, dass die klassische PC-Arbeitsplatzausstattung für ein dauerhaft beschwerdefreies Arbeiten nicht ausreichte. Der GPR konnte nach anfänglichen Widerständen innerhalb der Behördenleitung diese überzeugen, die PC-Arbeitsplätze wie folgt auszustatten: elektromotorische, stufenlose Höhenverstellung der Bildschirmarbeitsplätze von 67 cm bis

Eine optimale Ausstattung der PC-Arbeitsplätze bei der Bußgeldstelle hat der GPR der Berliner Polizei erreicht. Foto: Laube

neigbarer Rückenlehne, die den ganzen Rückenbereich abdeckt, sowie eine neigungsverstellbare Sitzfläche und Synchronverstellung von Sitzflächen- und Lehnenneigung zur Verfügung.

Ergänzt wird das Ganze durch ausreichend Stauraum und Ablagen für die notwendigen Dienst- und Privatgegenstände, sowie eine stolperfreie Verlegung der Verkabelung.

MiLaU

Bildschirmarbeitsplätze – Aus der Praxis für die Praxis

Seit gut 10 Jahren müssen Bildschirmarbeitsplätze genau festgelegten gesetzlichen Vorgaben genügen. Auch der öffentliche Dienst muss sich wohl oder übel mit dem Gesetzeswerk auseinandersetzen, denn nicht erfüllte gesetzliche Anforderungen können schnell rechtliche Konsequenzen aus dem Straf-, Privat- und Ordnungswidrigkeitenrecht nach sich ziehen. Arbeit im Büro birgt durchaus gesundheitliche Gefährdungen und Belastungen, denen vorgebeugt werden kann und muss.

Analyse von Bildschirmarbeitsplätzen

Die meiste Arbeit beschert den Behörden und Dienststellen die Analyse der Arbeitsplätze.

Die Beurteilung der Arbeitsbedingungen (sog. Gefährdungs-

kannten technischen Regeln und Unfallverhütungsvorschriften zusammen.

Analyseobjekte sind Arbeitsumfeld (Büroraum, Licht- und klimatische Verhältnisse, Ergonomie der Büromöbel), Hard- und Software und auch die Arbeitsaufgaben am Bildschirm

rend der Planungsphase zum Einrichten von Bildschirmarbeitsplätzen), bei jeder wesentlichen Änderung des Arbeitssystems und im Einzelfall, wenn an diesem Arbeitsplatz Beschwerden auftreten, die auf die Arbeit am Bildschirmgerät zurückgeführt werden können.

Idealerweise setzt der Dienstherr die sich aus der Analyse ergebenden erforderlichen Maßnahmen im Verhältnis 1:1 um. In der Praxis wird die Durchführung der Maßnahmen aber oft der jeweiligen Haushaltslage angepasst.

Anforderungen

Aus den konkretisierten Anforderungen an ergonomische Büromöbel, Hardware und der Arbeitsumgebung ergeben sich Zwangsläufigkeiten in der Anordnung von Büromöbeln und bestimmte Handlungsabläufe im Umgang mit den Arbeitsplätzen und -mitteln, die von den Beschäftigten durch persönliches Verhalten zu beeinflussen sind.

Was können Beschäftigte selbst tun, um Belastungen und Beanspruchungen zu mindern bzw. ihnen ausgleichend zu begegnen?

Eine Menge ist schon bei der **Gestaltung der Arbeitsumgebung** zu machen. So sollten Arbeitsmittel und -gegenstände nach folgenden Kriterien platziert werden:

- Monitor so stellen, dass die Blicklinie um ca. 20° gegen die Horizontale nach unten geneigt ist, die oberste Schriftzeile muss unter Augenhöhe liegen,
- häufige Blickbewegung innerhalb von ca. +15° um die Blicklinie herum,
- Entfernung zwischen Kopf und Monitor zwischen 50 bis 70 cm,
- Körperhaltung so, dass die Wirbelsäule, von der Weite gesehen, sich leicht bogenförmig nach vorn neigt,



beurteilungen) erfolgt gemäß § 5 Arbeitsschutzgesetz durch den Arbeitgeber. Hier wirken Bildschirmarbeitsverordnung, Arbeitsschutzgesetz, Arbeitsstättenverordnung vom 25.8.2004 in Verbindung mit den bisherigen Arbeitsstättenrichtlinien, aner-

samt den damit verbundenen Belastungen. Das sind sämtliche Umstände, die Mitarbeiter bei der Arbeit stören, wie z. B. fehlende Informationen oder auch monotone Arbeiten.

Die Analyse ist vorzunehmen bei der Inbetriebnahme (wäh-

- Haltung der Oberarme senkrecht,
- keine Verdrehung von Rumpf und Kopf, ggf. Vorlagenhalter verwenden,

- o ihrer arbeitsablaufbedingten Verknüpfung
- o ihrer Bedeutung
- Monitor nicht in Verkehrswege hineinragen lassen,



Chaos am Arbeitsplatz – zusätzliches Stresspotential

Foto: DAK/Wigger

- Platzierung der Arbeitsmittel und Arbeitsgegenstände von innen nach außen hinsichtlich o ihrer Gebrauchshäufigkeit,

- Verkehrswege mind. 60 cm vom Monitor entfernt,
- Benutzerfläche hinter dem Arbeitstisch mindestens 1,5 qm,
- Flächenbedarf für ein Normalbüro ca. 8 bis 10 qm (Raumbedarfsgrößen können je nach Bundesland abweichend bemessen sein).

Die Bildschirmarbeitsverordnung (BildscharbVO) gilt für Beschäftigte, „die regelmäßig wiederkehrend mindestens 2 Stunden je Arbeitstag mit dem Bildschirmgerät arbeiten.“ (§2 Abs. 3 BildscharbVO).

Dabei kommt es nicht auf eine ununterbrochene Arbeitstätigkeit, sondern auf die Gesamtdauer während eines Arbeitstages an. Maßgebend ist dabei nicht die in Minuten zu messende reine Benutzungszeit, z. B. die unmittelbare Zeit der Dateneingabe oder des Blickkontaktes, sondern die Zeit des interaktiven Arbeitens mit dem Bildschirmgerät. Die mindestens 2-stündige Arbeit mit dem Bildschirmgerät je Arbeitstag muss üblicherweise erfolgen, nicht nur gelegentlich und kurzfristig. Es ist nicht Voraussetzung, dass dies an jedem Tag erfolgt.

Beleuchtung:

- Beleuchtungsstärke zwischen 300 und 500 lx (horizontal auftreffendes Licht in Tischhöhe) Erfolgt die Informationsaufnahme über den Bildschirm, genügen 300 lx. Werden sie von Belegen aufgenommen, sind 500 lx gerechtfertigt,
- keine Blendquellen im Gesichtsfeld (Leuchten, Fenster Reflexe, ggf. Monitorposition verändern, im rechten Winkel zum Fenster aufstellen),
- Verwendung von (Spiegel) Rasterleuchten,
- Lichtfarbe „warm-weiss“ (angenehmes Farbklima),
- Anordnung von Langfeldleuchten parallel zur Blickrichtung,
- Verwendung von Innen- und/oder Außenjalousien bzw. Vorhängen,

- Verwendung von Farbönen mittlerer Reflexionsgrade:
 - o Vorhänge: 50 - 70 %
 - o Decke im Mittel über 70 %
 - o Wände zwischen 50 und 70 %
 - o Boden: ca. 30 %,
- Hell/Dunkel-Zonen vermeiden (Kontraste ermüden die Augen),
- auf gleichmäßige Lichtverteilung achten,
- Halogenlampen vermeiden (Elektromagnetische Felder durch den Wandler).

Raumklima:

- Raumtemperatur ca. 20/21° C,
- Relative Luftfeuchte ca. 40 %,
- Luftzug vermeiden,
- Schutz der Arbeitsperson gegen Wärmebelastung durch Arbeitsmittel (Wärmestrahlung, Warmluft),
- Vermeidung örtlicher Wärmestaus (z. B. unter Tischen, in Nischen).

Lärm:

- 55 db A sollten nicht überschritten werden

Elemente des Bildschirmarbeitsplatzes

Bürostuhl – Benutzer von Bildschirmgeräten klagen oft über Nacken- und Rückenschmerzen. Die Ursachen dieser Beschwerden liegen sowohl in der Auswahl von nicht funktionsgerechten Arbeitsstühlen als auch im nicht richtigen Sitzen.

Ein ergonomisch richtig gestalteter Bürodrehstuhl muss folgende Eigenschaften besitzen: Verstellbarkeit der Sitzhöhe, der Rückenlehne und der Sitztiefe

Tipps zum richtigen Sitzen:

- Verändern Sie häufig ihre Sitzhaltung.
- Vermeiden Sie statisches Sitzen.
- Sitzen Sie bewegungsreich, also dynamisch.
- Setzen Sie sich auf ihrem Arbeitsstuhl so weit wie möglich nach hinten.
- Stellen Sie die Rückenlehne so ein, dass Sie im Bereich der Lendenwirbel abgestützt werden (etwa eine Handbreit über dem Sitz).
- Die Sitzhöhe ist dann richtig eingestellt, wenn Ober- und Unterschenkel etwa einen rechten Winkel bilden, die Füße flach aufstehen und der Unterarm bei hängendem Oberarm etwa waagrecht zur Tastatur bzw. Arbeitsfläche verläuft, ggf. Fußstütze verwenden.
- Ein ergonomisch gestalteter Drehstuhl nützt nur dann etwas, wenn er richtig eingestellt ist. Informieren Sie sich bei Ihrer Fachkraft für Arbeitssicherheit oder Ihrem Personalrat.

Bildschirmarbeitsstische – Die Abmessungen müssen den ergonomischen Anforderungen entsprechen, um ermüdende oder gesundheitsschädliche Körperhaltungen zu vermeiden. Bei der Auswahl und Nutzung sollte folgendes beachtet werden:

Die Tischhöhe sollte 720 mm bei nicht höhenverstellbaren Arbeitstischen betragen, bei höhenverstellbaren Tischen (Mindestverstellhöhe 80 mm) 680 bis 760 mm und die Tischtiefe 800 mm, besser 900 mm. Die mittlere Tastaturreihe sollte 720 bis



Wie ist meine Haltung beim Sitzen?

Was meinen Sie, welche der vier Sitzhaltungen ist zu empfehlen?



1.



2.



3.



4.

Das dynamische Sitzen (4) ist zu empfehlen. Wenn Sie häufig Ihre Sitzhaltung ändern oder öfter zwischendurch auch einmal aufstehen, werden Ihre Bandscheiben entlastet.

Nutzen Sie die ganze Sitzfläche, damit Ihr Rücken immer abgestützt wird.

Quelle: VBG

750 mm über dem Fußboden stehen und die Beinraumhöhe mindestens 650 mm, besser 690 mm sowie die Beinraumtiefe mindestens 700 mm betragen. Der gesamte genutzte Beinraum sollte frei von Stützen und Unterbauten sein. Die Ausführung soll standsicher und vibrationsfrei bedient werden können und keine spitzen und scharfen Ecken, Kanten und Griffe haben. Die Höhenverstellung muss einfach, schnell und mit geringem Kraftaufwand betrieben werden können. Ausreichend große Arbeitsflächen (z. B. Fläche für handschriftliche Eintragungen mindestens 600 mm breit) und Ablagemöglichkeiten für alle Arbeitsmittel und -gegenstände sollten sich im physiologischen

Greifraum (Griffbereich ohne Körperbewegung) befinden.

Selbstverständlich müssen die Energieversorgung VDE-gerecht angebracht und ausgelegte Kabelkanäle mit ausreichendem Stauraum für Restlängen von elektrischen Anschlusskabeln vorhanden sein. Es ist darauf zu achten, dass keinerlei Stolperfallen durch Kabelsalat entstehen (sichern und Befestigen, nicht in Verkehrsbereichen legen).

Monitor – Bildschirme müssen strahlungsarm sein und Bildwiederholungsfrequenz von mind. 75 Hz, besser 85 Hz aufweisen – zu niedrige Werte können Kopf- und Augenschmerzen verursachen; zu bevorzugen sind LCD-

Monitore, die keine Strahlung abgeben und ein flimmerfreies Bild garantiert.

Tastatur – Sie sollte frei beweglich und separat vom Bildschirm zu bedienen sein, eine matte Oberfläche, einen leichten Tastenschlag und eine Auflagemöglichkeit für die Handballen haben. Die Tastatur sollte deutlich beschriftet sein. Wichtig ist die Verwendung einer ergonomischen Maus (für Rechts-/Linkshänder) und hilfreich kann eine Handgelenkauflage für die Mausbedienung sein.

Gesundheitsfördernde persönliche Verhaltensweisen für alle, die einen Bildschirmarbeitsplatz haben:

- **Bildschirmschoner mit entsprechender Animation installieren und sich danach bewegen,**
- **abwechslndes Sitzen, Gehen, Stehen,**
- **dynamisches Sitzen,**
- **regelmäßige Entspannungsübungen für die Augen (Wecker stellen!),**
- **Raumklima fördernde Pflanzen aufstellen, z. B. Ficus Benjamini,**
- **ausreichend trinken,**
- **regelmäßige Stoßlüftung,**
- **nicht rauchen,**
- **arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen der Augen und des Sehvermögens beim Betriebsarzt wahrnehmen (G 37),**
- **Rückentraining,**
- **Ausgleichsübungen durchführen.**

Wer weitere Fragen hat, kann sich vertrauensvoll an seine Fachkraft für Arbeitssicherheit oder an den Personalrat wenden.
Waltraud Thyssen

Ein hilfreicher Bildschirmschoner, der daran erinnert, sich mit kleinen Übungen ausgleichende Bewegung im Büro zu verschaffen, ist unter www.bkk.de, Menüpunkt **Gesundheit** zu finden.

Arbeitsschutz und Personalrat

Dass es für Personalräte oft nicht ganz einfach, aber dennoch machbar ist, gemeinsam mit der Dienststelle und auch mit der Fachkraft für Arbeitssicherheit für die Beschäftigten in punkto Arbeitsschutz spürbar etwas zu erreichen, dafür Beispiele aus Baden-Württemberg:

Auf Grund der Vorschriften (europä. Norm EN 12464-1) müssen Leuchtstoffröhren 500 Lux haben, um in Räumen mit reinen Bildschirmarbeitsplätzen genutzt werden zu können. Hier gelang es dem Personalrat nach und nach jede defekte Leuchtstoffröhre mit weniger als 500 Lux gegen eine mit den erforderlichen Lux auszutauschen. Dies war für die Dienststelle eine machbar und finanziell leistbare Aufgabe und nach ca. 9 Monaten hatten alle Leucht-

stoffröhren die erforderliche Luxstärke.

An einem alten, frisch renovierten Polizeigebäude durften aus Gründen des Denkmalschutzes keine Außenrollos befestigt werden. Da aber die Räume nicht viel Stellmöglichkeit für Bildschirm und PC zuließen, konnte man hier teilweise überhaupt nichts – je nach Sonneneinstrahlung – auf dem Bildschirm sehen. Nach langem Hin und Her wurden so genannte Innenlamellen angebracht, die zum einen die Sonneneinstrahlung verhinderten und zum anderen die Denkmalschutzaspekte beachtete.

Personalräte haben darüber hinaus erreicht, dass neue Bildschirme für die Datenstationen besorgt wurden, denn ein Programm zur Datenabfrage hatte ein so ungünstiges Format, dass die Datenerfasser ständig hin- und herscrollen mussten, was sehr ermüdend und umständlich bei der Bearbeitung war.

Dies sind nur einige Beispiele in denen der Einsatz der Perso-

nalräte oft in Zusammenarbeit mit der Fachkraft für Arbeitssicherheit und/oder dem Arbeitsmediziner von Erfolg gekrönt war.

Als Personalräte stellen wir sehr oft fest, dass die Dienststellenleitung sich gegenüber unseren Ansinnen gar nicht sperrt. Im Gegenteil. Meist sind sie sehr zugänglich. Doch oft reicht das vorhandene Budget nicht. Doch schon die Vereinbarung zwischen Dienststelle und Personalrat, Schritt für Schritt Missstände zu beheben, hilft allen Beteiligten ein Stück weiter:

Manchmal haben allerdings auch Prestigeprojekte einen höheren Stellenwert als die Verwirklichung bzw. Umsetzung des Arbeitsschutzes.

Doch mit dem nötigen Beharrungsgebot können Personalräte für einen ausreichenden Arbeitsschutz, der immerhin auch Gesundheitsschutz ist, sorgen.
RSeid

Vorsicht Laserdrucker – Feinstaubalarm im Büro

Wer Laserdrucker oder Kopiergeräte im Büro hat, dem fallen möglicherweise ein bestimmter Geruch oder ein metallischer Geschmack auf. Oft sind auch schwarze Staubniederschläge am Gerät, auf dem Schreibtisch oder an den Wänden auszumachen. Und mancher muss häufiger niesen, hat Augenreizungen, Dauerschnupfen, Halsschmerzen oder Reizhusten. Am Wochenende und im Urlaub verschwinden die Beschwerden zusehends ...

Seit über 15 Jahren gibt es Hinweise auf Gesundheitsgefahren durch Laserdrucker und Kopiergeräte. Anfangs standen erhöhte Ozonemissionen in der Kritik, dann vor allem Schwermetallbelastungen der Toner und in letzter Zeit berichten Compu-

ter- und Testzeitschriften immer wieder über erhöhte Freisetzung von flüchtigen organischen Verbindungen und Organzinnverbindungen, wie dem Ultragriff TBT, das in aller kleinsten Spuren auf das Hormon- und Immunsystem des Menschen wirkt.

Bereits zweimal hat DEUTSCHE POLIZEI umfassend über Gesundheitsgefahren durch Tonerstäube berichtet (Dicke Luft in Dienststellen, 4/2003, S. 18-24 und 11/2004, S. 38-42; beide unter www.gdp.de verfügbar). Dies führte zwar kurzfristig zu heftigen Diskussionen, aber unter Hinweis auf die Aussagen von Berufsgenossenschaften und Herstellern wurde Entwarnung gegeben: „Keine Gefahr bei bestimmungsgemäßem Gebrauch.“

Die von der Interessengemeinschaft Tonergeschädigter (ITG) zwischenzeitlich recher-

chierten Erkenntnisse geben jedoch weiter Anlass zu größter Besorgnis:

Untersuchungen

Mittlerweile wurden über 1.000 konkrete Erkrankungen-Verdachtsfälle registriert. Bei konsequenter fachärztlicher Untersuchung ge-

be zu untersuchen – zunächst im eigenen Hause – und wurde fündig: Vor allem ultrafeine Stäube wurden in stark erhöhtem Maße von den Laserdruckern ausgestoßen.

Im Frühjahr 2006 untersuchte die Landesgewerbeanstalt Bayern Farblaserdrucker im Auftrag der Computer Bild. Peinlich, dass

wurde das Präsidium im Herbst letzten Jahres evakuiert. Aufgrund der Hinweise der ITG, dass diese Erkrankungen mit Tonern in Verbindung stehen könnten, unterzogen sich 32 Polizeibeamte einer fachärztlichen Reihenuntersuchung. Dabei wurden bei jedem zweiten toxisch veränderte Nasenschleimhäute festgestellt und bei

zwei Kollegen, die sich noch weitergehend untersuchen ließen, eine eindeutige immunologische Reaktion auf den genutzten Toner und eine dauerhafte Entzündung.

In Zusammenarbeit mit dem Personalrat und der Dienststelle gelang es, die Polizei Trier als Testraum mit in die BfR-Tonerstudie aufzunehmen – insgesamt 25

Räume in zwei Trierer Polizeidienststellen.



lingt ganz überwiegend der Nachweis, dass für die entzündlichen Erkrankungen bestimmte Toner verantwortlich sind.

Die von der ITG mit fachärztlicher Unterstützung vorgetragenen Fakten hatten das Bundesinstitut für Risikobewertung (BfR) Anfang 2004 veranlasst ein Risikobewertungsverfahren einzuleiten. Nachdem von einer einzigen kommunalen Dienststelle zehn Meldungen über Schädigungen durch Toner eingingen, wurde mit politischer Unterstützung des Bundestagsabgeordneten Dr. Wodarg in nur neun Monaten eine erste Tonerstudie vom BfR in Auftrag gegeben, die zurzeit die Universität Gießen durchführt.

Die 1995 einsetzende Diskussion um die Gefährlichkeit von Feinstäuben veranlasste auch das Umweltbundesamt (UBA) erstmals Laserdrucker auf Emissionen feiner und ultrafeiner Stäu-

Im Polizeipräsidium Trier hat man reagiert: So sah z. B. ein Arbeitsplatz aus, bevor die Toneremissionen thematisiert wurden: Der Laserdrucker am Fenster stand mit dem Gebläse in Richtung Arbeitsplatz. Zwischenzeitlich wurde der Drucker vom Arbeitsplatz entfernt und wird jetzt als Zentraldrucker für drei Büroarbeitsplätze genutzt – mittels Filter gesichert und stets gut belüftet.

Foto: Josef Schumacher

der Testverlierer dieser Untersuchung das Umweltzeichen Blaue Engel trägt.

Trier reagierte

Am 20.6.2005 berichtete eine lokale Zeitung über eine Krankheitswelle mit ungeklärter Ursache im Polizeipräsidium Trier. Die betroffenen Kollegen litten unter Erkrankungen der Augen, der Haut und der Atemwege. Zum Schutz der Kollegen

Erste Ergebnisse

Ende April dieses Jahres stellte Prof. Mersch-Sundermann im BfR erste Ergebnisse dieser Tonerstudie vor: Nach Anlaufen der Laserdrucker waren in den Büros der Trierer Polizei schlagartig starke Staubbelastungen gemessen worden. Vor allem die Belastung mit ultrafeinen Stäuben stieg um das Vier- bis Sechsfache.

Zudem wurde im Rahmen der Begleitforschung zur Studie in Versuchen mit menschlichen Lungenzellen und Tonerstäuben eindeutig zellschädigende Effekte festgestellt: Es kam zu Brüchen der DNA.

Mit den endgültigen Ergebnissen der BfR-Studie ist Ende November zu rechnen.

Hans-Joachim Stelting

Unser Autor



Hans-Joachim Stelting, 52 Jahre, Kriminalbeamter aus Hamburg, erkrankte 1990 an unerklärlichen Entzündungen der Atemwege, die nach Monaten zu schwerem Asthma führten. Durch gleiche Erkrankungen an seiner Dienststelle im LKA Hamburg konnte 1992 der dienstliche Laserdrucker als Ursache identifiziert werden. Dieser Zusammenhang wurde im Rahmen des Dienstunfallverfahrens durch einen Gutachter zweifelsfrei bestätigt. Das Personalamt der Feien und Hansestadt Hamburg hat am 10.4.1995 die durch Toner verursachte Atemwegserkrankung als Berufskrankheit (BK Nr. 4301) anerkannt (GZ: P 11/160.34-94,9). Aufgrund irreparabler Lungenschädigung wurde Kollege Stelting schließlich im Alter von 43 Jahre als EKHK früh pensioniert. Da er kein Einzelfall war, begann er mit Recherchen und Veröffentlichungen und gründete im Jahr 2000 die Interessengemeinschaft Toner-geschädigter, die im Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU e.V.) organisiert ist. Infos unter www.krank-durch-Toner.de, Hotline 040 67998110.

Drucker-Tipps

Einen wirksamen Schutz vor Toneremissionen wird es erst geben, wenn die Hersteller in ihren Produkten die Schadstoffe minimieren und Filter für die restlichen Feinstäube eingesetzt werden.

Bis dahin wäre es am besten, nur Tintenstrahldrucker zu verwenden. Ansonsten gibt die ITG folgende Tipps:

- unnötiges Drucken vermeiden, im Bereich von Kranken, Alten, Kindern und Schwangeren generell auf Laserdrucker verzichten,
- Laserdrucker und Fotokopiergeräte nicht an Dauerarbeitsplätzen aufstellen, sondern in separaten, wischbaren Räumen, dabei Ballung von Laserdruckgeräten vermeiden und für ausreichende Belüftung (Stoßlüftung) sorgen, vor allem im Winter, in den Räumen weder essen noch rauchen,
- nicht benötigte Geräte ausschalten, bei größeren Druckaufträgen den Raum verlassen,
- optimal: Absaugungen am Gerät, Drucker mit Filter ausrüsten,
- kein Recyclingpapier verwenden (kann durch die feinen Fasern die Staubbelastung verstärken),
- Klimaanlage optimal warten und mit Feinstfiltern ausstatten, um Schadstoffe nicht zu verteilen,
- Kartuschenwechsel nur durch fachlich geschultes Personal bei guter Belüftung mit Schutzhandschuhen und Feinstaubmaske vornehmen,
- leere Kartuschen keinesfalls aufklopfen, um Reste zu nutzen, in verschlossenen Behältern aufbewahren,
- beim Umblättern von tonerbedrucktem Papier Finger nicht anlecken, nach Hautkontakt mit reichlich kaltem (!) Wasser abspülen, nach Einatmen von Toneremissionen Arzt aufsuchen,
- Geräte nur von Fachpersonal reinigen lassen, mit speziellen Staubsaugern mit Feinstfilter.

Die Versicherten sind die Leidtragenden

Kaum hat sich die Regierung über die wesentlichen Punkte für die Gesundheitsreform geeinigt, stößt sie auf eine Front deutlicher Ablehnung. Etliche Stimmen orakeln, dass diese Reform die nächste Bundestagswahl nicht überstehen werde. Und viele fragen sich überhaupt: Was soll das Ganze?

Dennoch – die Regierung hat sich gegen alle Gegenstimmen aus allen Bereichen durchgesetzt, auch gegen die der Gewerkschaften, die durchaus Alternativkonzepte auf den Tisch gelegt haben.

Worauf sich Versicherte künftig einstellen müssen – soweit das bereits bekannt ist – darüber sprach DP mit Heinz Stapf-Finé, Leiter des Bereichs Sozialpolitik beim Deutschen Gewerkschaftsbund.

Kollege Stapf-Finé, welche wichtigsten Neuerungen der Reform gelten für alle Versicherten?

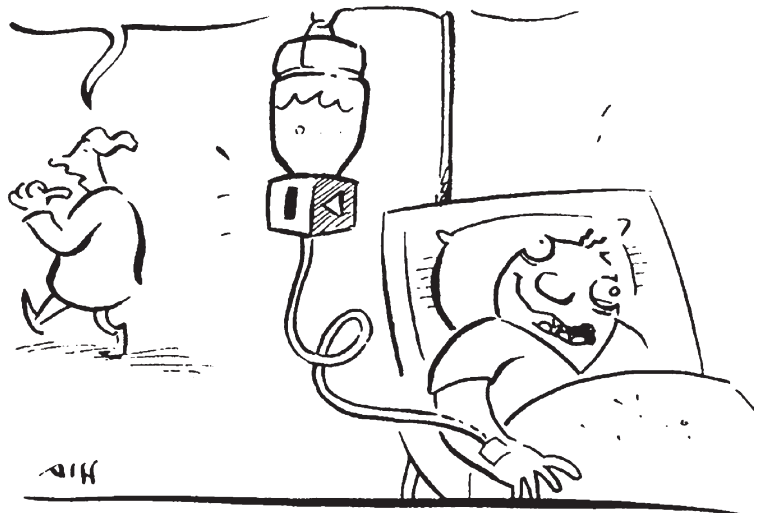
Für die Versicherten der gesetzlichen Krankenkassen (GKV) soll es künftig einen einheitlichen Beitragssatz geben, der per Rechtsverordnung festgelegt wird. Die Versicherten können sich schon einmal darauf einstellen, dass die Regierung weiter das Dogma der Beitragssatzstabilität verfolgen und eine Anhebung insbesondere der Arbeitgeberbeiträge scheuen wird. Gleichzeitig ist mit dem Gesundheitsfonds eine Verknappung der Finanzmittel der gesetzlichen Krankenversicherung angelegt. Zwar sollen bei der Einführung alle Ausgaben der Kassen gedeckt werden. Mittelfristig ist jedoch nur vorgesehen, dass der Fonds mindestens 95 % der Ausgaben deckt. Das heißt für eine Reihe von Jahren werden die Versicherten Kostensteigerungen allein tragen müssen. Die Kassen werden die Lasten auf die Versicherten abwälzen in Form von Leistungsausdünnung und von Billig-

tarifen. Wenn das alles nichts hilft, werden sie den Zusatzbeitrag erheben müssen. Der kann als Prozentanteil des beitragspflichtigen Einkommens oder als Pauschalprämie ausge-

Wie teuer wird es künftig für die gesetzlich Versicherten und was passiert, wenn die Kassen mit dem Geld nicht auskommen?

Kanzlerin Merkel hat bei der Vorstellung der Eckpunkte angekündigt, die Beiträge müssten nächstes Jahr um 0,5 Prozentpunkte angehoben werden. Das bedeutet für den durchschnittlichen Versicherten, dass der Beitrag um 8 Euro im Monat steigt. Weitere finanzielle Belastungen bringen das Herausziehen von Steuermitteln, die Erhöhung der Mehrwertsteuer, der Aufbau einer Schwankungsreserve für den Gesundheitsfonds und die Entschuldung der Krankenkassen bis zu seiner Einführung mit sich. So dass die Beitragserhöhung allein aufgrund politischer Eingriffe sogar noch höher ausfallen

Und alle 10 Minuten einen Euro einwerfen



staltet sein. Da die GKV ihre freiwilligen Versicherten nicht in die Arme von privaten Krankenversicherungsunternehmen treiben wollen, werden sie höchstwahrscheinlich den Weg der kleinen Kopfpauschale gehen.

wird als von der Kanzlerin angekündigt. Der Zusatzbeitrag wird rechnerisch bei 11,50 Euro im Monat liegen. Kassen mit vielen Kranken und Einkommenschwachen werden aber bis zu 40 Euro erheben müssen. Die Be-

lastungsgrenze von 1 % des Einkommens wird nicht richtig wirken. Denn Zusatzbeiträge bis zu 8 Euro, so sieht es die Einigung der großen Koalition vor, sollen ohne Einkommensprüfung erhoben werden.



Unser Interviewpartner: Heinz Stapf-Finé, Leiter des Bereichs Sozialpolitik beim Deutschen Gewerkschaftsbund

Gab es überhaupt eine Chance, kostenneutral für die Versicherten eine solche Reform auf den Weg zu bringen?

Wäre die Bundesregierung den Weg der Bürgerversicherung gegangen, hätte es ein Entlastungspotential von etwa 1,7 Beitragspunkten gegeben. Eine weitere Entlastung in Höhe von etwa 14 Milliarden Euro wäre möglich gewesen, wenn man die gesetzlichen Kassen von gesamtgesellschaftlichen Aufgaben insbesondere von Leistungen insbesondere für Familien entlastet hätte. Und eine Zeitlang schien es möglich, dass sich die Regierung auf Letzteres würde verständigen können. Die Art, wie die Steuerfinanzierung behandelt wird, ist jedoch nicht nachvollziehbar. Erst werden den Kassen die Mittel aus der Tabaksteuer (gegenwärtig 4,2 Milliarden Euro) entzogen, um 2008 mit 1,5 und 2009 mit 3 Milliarden den großartigen Einstieg in die Steuerfinanzierung zu feiern. Für das Vertrauen der Wähler in die Politik ist das jedenfalls nicht förderlich.

Gibt es gar nichts Positives an der Reform für die gesetzlich Versicherten?

Es gibt durchaus Positives zu berichten aus dem Teil der Gesundheitsreform, der sich um eine Verbesserung der Versorgung kümmert. Es ist vorgesehen, dass die Prävention gestärkt wird. Kassen werden den Versicherten einen Hausarzttarif verpflichtend anbieten müssen. Die so genannte integrierte Versorgung wird verbessert, damit sich die Versorgung künftig stärker an den Bedürfnissen der Patienten orientiert. Außerdem sind Entlastungen im Bereich der Ausgaben für Arzneimittel vorgesehen. Insgesamt soll dies eine jährliche Entlastung um 1,9 Mrd. Euro mit sich bringen. Aber wie immer steckt der Teufel im Detail. Beispielsweise beim Ausbau der Prävention werden wir darauf achten müssen, dass sich die öffentliche Hand nicht wieder aus der Finanzverantwortung davonschleicht, wie es beim letzten Entwurf des Präventionsgesetzes der Fall war.

Auf welche Veränderungen müssen sich privat Versicherte einstellen?

Die Altersrückstellungen kann man künftig beim Wechsel des Versicherungsunternehmens mitnehmen. Da dies bis jetzt nicht möglich war, haben Versicherte bisher auch kaum die Versicherung gewechselt. Folglich gab es in der PKV nur einen Wettbewerb um neu Versicherte, nicht jedoch um Bestandsversicherte. So wie wir das bei den gesetzlichen Kassen schon seit längerem kennen und was zu einem besseren Service beiträgt. Außerdem sollen Menschen, die den Versicherungsschutz z.B. durch eine verschlechterte Einkommenssituation verloren haben, ein Rückkehrrecht zur privaten Krankenversicherung zu einem Basistarif erhalten. Es ist vorgesehen, dass die Sozialämter oder Träger von Grundsicherung für Arbeitslose dies mit einem Betrag von bis zu 125 Euro unterstützen sollen, falls das eigene Einkommen nicht ausreicht, so dass sich die Belastung für die private Versicherungswirtschaft

bzw. für die restlichen privaten Versicherungen in Grenzen hält. Ob die Betroffenen den Rest von schätzungsweise noch einmal 125 Euro werden drauflegen können, ist allerdings fraglich.

Wie schätzen Sie den bürokratischen Aufwand dieser Reform ein?

Das ist nicht einfach zu beantworten. Die Erhebung des Zusatzbeitrags durch die Krankenkassen wird einen zusätzlichen Verwaltungsaufwand erfordern und die Einkommensprüfung für den Fall, dass die Prämien 8 Euro übersteigen. Ursprünglich war ja die Schaffung von regionalen Beitragseinzugstellen vorgesehen. Jetzt soll der Beitragseinzug bei den Kassen bleiben, so dass der Aufbau von unnötiger Bürokratie nicht ganz so schlimm wird. Allerdings an den Belastungen für die Versicherten ändert das nichts.

Ihr Fazit?

Die Versicherten sind die Leidtragenden. Trotz anders lautender Beteuerungen tragen sie die Hauptlast des Gesetzesvorhabens. Das Wort „Reform“ will mir in dem Zusammenhang gar nicht von den Lippen. An den zu Grunde liegenden Problemen – dem Rückgang sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung und der Schwäche der beitragspflichtigen Einkommen – wird nichts verbessert. Dafür werden die beteiligten Akteure im Gesundheitswesen nachhaltig verunsichert, was die Versorgung ja nicht verbessert. Und machen wir uns nichts vor. Es ist nicht das Patt rausgekommen, von dem viele noch sprechen. Manche glauben ja noch, die nächste Regierung habe je nach Couleur die Möglichkeit, das ganze in Richtung Kopfprämien oder eben in Richtung Bürgerversicherung auszubauen. Fakt ist jedoch, dass der Systemwechsel in Richtung Kopfprämie bereits eingeleitet ist. Als jemand, der sich mit Sozialpolitik beschäftigt, sehe ich das sehr kritisch.

*Das Gespräch führte
Marion Tetzner*

Der TV-Länder tritt in Kraft

Eine Einführung von Alberdina Körner

Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes im DGB und die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) haben sich am 19. Mai 2006 auf ein modernes Tarifrecht für die Länder geeinigt und damit den entscheidenden Beitrag zum Erhalt des Flächentarifvertrags im öffentlichen Dienst der Länder geleistet. Zum 1. November 2006 tritt der Tarifvertrag der Länder (TV-L) in Kraft. Nach Ansicht der Tarifvertragsparteien verbindet der neue Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder tarifpolitische Einheitlichkeit einerseits, verlangt aber andererseits nach länderspezifischem Regelungsbedarf. Nachfolgend die wichtigsten Punkte.

Arbeitszeit

Die Regelungen der Arbeitszeit berücksichtigen sowohl die unterschiedlichen Belastungen der Beschäftigten als auch die unterschiedliche Arbeitszeit-Entwicklung in den Ländern.

Die durchschnittliche regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit (ausschließlich der Pausen) wird für jedes Bundesland im Tarifgebiet West auf der Grundlage der im Februar 2006 festgestellten tatsächlichen durchschnittlichen wöchentlichen Arbeitszeit ohne Überstunden und Mehrarbeit (tariflich und arbeitsvertraglich vereinbarte Arbeitszeit) von den Tarifvertragsparteien einvernehmlich festgelegt.

Im Tarifgebiet Ost beträgt sie einheitlich 40 Stunden.

Erstmals können die Länder über Tarifverhandlungen ab 2008 selbst Vereinbarungen über die Dauer der Arbeitszeit treffen.

Hier liegt allerdings eine der Kröten, die die Gewerkschaften für die Beibehaltung sonst einheitlicher Arbeitsbedingungen in den Ländern schlucken mussten:

Die Gewerkschaften wollten auch in punkto Arbeitszeit Lösungen für die gesamte TdL, das war aber aufgrund der schon bestehenden unterschiedlichen Regelungen zur Arbeitszeit für Neueingestellte nach den Kündigung-

gen der entsprechenden Tarifverträge nicht mehr durchsetzbar.

Gleiches gilt für länderbezogene tarifliche Regelungen durch Öffnungsklauseln im Bereich der Jahressonderzahlung sowie bei arbeitsmarkt- und leistungsbezogenen Bezahlungselementen.

Insgesamt, und dies war ein eigenständiges tarifpolitisches Ziel, entsprechen aber mit diesem neuen Tarifrecht (TV-L) die Einkommens- und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten im Länderbereich wieder weitgehend denen der Beschäftigten bei Bund und Kommunen.

Überleitungsmodalitäten

Zur Überleitung in das neue Tarifrecht ist ein eigenständiger Tarifvertrag vereinbart worden (Eine Tabelle mit den wichtigsten Überleitungsregelungen ist im Mitgliederbereich der GdP-Homepage im Ressort Tarifpolitik unter dem Button TVöD/TV-L zu finden.).

Entgelte

Die Entgelttabelle zum TV-L ersetzt die bisherigen Lohn- und Vergütungstabellen. Damit entfallen künftig neben der allgemeinen Zulage auch Orts- und Sozialzuschläge mit Ausnahme

kinderbezogener Zuschläge für bis zum 31. Dezember 2006 geborene Kinder.

Die Beträge für das Tarifgebiet Ost ergeben sich aus dem Bemessungssatz von 92,5 v.H.

Die Beträge der Entgelttabelle werden im Tarifgebiet West ab 1. Januar 2008 und im Tarifgebiet Ost ab 1. Mai 2008 um 2,9 % des jeweiligen Niveaus angehoben (Entgelttabelle siehe nebenstehend).

Einmalzahlungen für 2006 und 2007

Die Beschäftigten in Ost und West erhielten im Juli 2006 mit den Bezügen bereits eine Einmalzahlung.

Ab 2007 werden die Einmalzahlungen wie folgt geregelt:

Januar:	
E 1 bis E 8	310 Euro
E 9 bis E 12	210 Euro
E 13 bis E 15	60 Euro
September:	
E 1 bis E 8	450 Euro
E 9 bis E 12	300 Euro
E 13 bis E 15	100 Euro

Jahressonderzahlung

Für Beschäftigte, deren Arbeitsverhältnis bereits am 30.6.2003 bestanden hat und die seit diesem Zeitpunkt hinsichtlich der Zuwendung der tariflichen Nachwirkung unterliegen, beträgt die jeweils mit den Bezügen für den Monat November zustehende Jahressonderzahlung ab dem Jahre 2006 im Tarifgebiet West in den Entgeltgruppen: Staffellung der Jahressonderzahlung

Entgeltgruppen	West	Ost
E 1 bis E 8	95 %	71,5 %
E 9 bis E 11	80 %	60 %
E 12 bis E 13	50 %	45 %
E 14 bis E 15	35 %	30 %

Entgelttabelle TV-Länder
(Tarifbereich Ost entsprechend jeweiligem Anpassungssatz, zurzeit 92,5 v. H.)

Entgeltgruppe	Grundentgelt in Euro		Entwicklungsstufen			
	Stufe 1	Stufe 2	Stufe 3	Stufe 4	Stufe 5	Stufe 6
		nach 1 Jahr	nach 3 Jahren	nach 6 Jahren	nach 10 Jahren	nach 15 Jahren
15	3.384	3.760	3.900	4.400	4.780	
14	3.060	3.400	3.600	3.900	4.360	
13	2.817	3.130	3.300	3.630	4.090	
12	2.520	2.800	3.200	3.550	4.000	
11	2.430	2.700	2.900	3.200	3.635	
10	2.340	2.600	2.800	3.000	3.380	
9	2.061	2.290	2.410	2.730 ^{1/2}	2.980	
8	1.926	2.140	2.240	2.330	2.430	2.493
7	1.800	2.000	2.130	2.230	2.305	2.375
6	1.764	1.960	2.060	2.155	2.220	2.285
5	1.688	1.875	1.970	2.065	2.135	2.185
4	1.602	1.780	1.900	1.970	2.040	2.081
3	1.575	1.750	1.800	1.880	1.940 ³	1.995
2	1.449	1.610	1.660	1.710	1.820 ⁴	1.935
1	je 4 Jahre	1.286	1.310	1.340	1.368	1.440

- 1 Endstufe für Arbeiter der LGr 9; Stufe 4 nach 7 Jahren in der Stufe 3
- 2 Endstufe Ang Vb BAT ohne Aufstieg und Aufsteiger Vb aus Vc BAT; Stufe 3 nach 5 Jahren in der Stufe 2, Stufe 4 nach 9 Jahren in der Stufe 3
- 3 Endstufe für Arbeiter der LGr 2 mit Aufstiegen nach LGr 2a und LGr 3 und Angestellte VGr VIII BAT mit und ohne Anwartschaft auf Aufstieg nach VGr. VII BAT
- 4 Endstufe für Angestellte VGr. X BAT mit Aufstiegen nach VGr. IXb BAT, sowie Arbeiter LGr 1 mit Aufstieg nach LGr 1a

Die Prozentsätze beziehen sich auf das in den Monaten Juli bis September durchschnittlich gezahlte Entgelt (ohne Überstundenentgelt, Leistungszulagen, Leistungs- und Erfolgsprämien).

Im Jahr 2006 wurde bereits zusätzlich der Betrag als Urlaubsgeld gezahlt, der sich bei Fortgeltung des bisherigen Urlaubsgeldtarifvertrages ergeben hätte.

Für die Beschäftigten, mit denen arbeitsvertraglich vor dem 1. November 2006 abweichende Vereinbarungen zur Zuwendung und zum Urlaubsgeld getroffen worden sind, gilt Folgendes:

Im Jahr 2006 gelten für Zuwendung und Urlaubsgeld die zum 19. Mai 2006 verbindlichen Landesregelungen.

2007 wird die nach den

arbeitsvertraglichen Vereinbarungen zustehende Summe aus Zuwendung und Urlaubsgeld um 50 % des Differenzbetrages zu der oben genannten Staffe lung der Jahressonderzahlung aufgestockt (sofern sie höher ist). Ab 2008 entfällt diese Differenzierung und es gilt die obige Staffe lung für alle Beschäftigten.

Nach dem 1. November 2006 eingestellte Beschäftigte erhalten die Jahressonderzahlung wie die Beschäftigten bei denen abweichende Vereinbarungen zum Urlaubsgeld und der Zuwendung getroffen wurden.

Leistungsentgelt

Ab dem 1. Januar 2007 wird ein Leistungsentgelt zusätzlich zum Tabellenentgelt eingeführt. Die Zielgröße ist 8 %. Bis zu einer tariflichen Vereinbarung darüber wird ein Gesamt-

volumen von 1 % der ständigen Monatsentgelte des Vorjahres für dieses Leistungsentgelt zur Verfügung gestellt. Die Leistungsentgelte müssen jährlich ausgezahlt werden und sie sind zusatzversorgungspflichtig.

Nähere Regelungen über die Ausgestaltung des Leistungsentgelts werden in landesbezirklichen Tarifverträgen vereinbart. Dabei kann über das tariflich festgelegte Leistungsentgelt hinaus ein höheres Leistungsentgelt vereinbart werden und es kann vereinbart werden, dass das Gesamtvolumen des Leistungsentgeltes zusätzlich zur Jahressonderzahlung auf alle Beschäftigten gleichmäßig verteilt wird.

Bis eine solche landesbezirkliche Regelung zustande kommt, erhalten die Beschäftigten ab dem Jahr 2007 im Dezember 12 % des für den Monat September desselben Jahres zuste-

henden Tabellenentgelts ausgezahlt.

Weitere Vereinbarungen

- Für die Schadenshaftung der Beschäftigten finden die jeweils geltenden Bestimmungen des Arbeitgebers entsprechende Anwendung.
- Für die Beschäftigten, die unter § 71 BAT fallen und in der privaten Krankenversicherung versichert sind, bleibt die Gehaltsfortzahlung im Krankheitsfall für die Dauer von bis zu 26 Wochen erhalten.
- Die tariflichen Bestimmungen zur Unkündbarkeit (nur Tarifgebiet West) sowie die SR 2y BAT (nur Angestellte im Tarifgebiet West) werden übernommen.
- Die Bezugsfrist für den Krankengeldzuschuss wird – einheitlich in beiden Tarifgebieten

- auf 39 Wochen verlängert.
- Die Regelungen zur Jubiläumszuwendung können zum Zweck einer regionalen Öffnung zum 31.12.2007 gekündigt werden.
- § 3 des Tarifvertrages zur sozialen Absicherung im Tarifgebiet Ost wird bis zum 31. Dezember 2011 verlängert (Laufzeit der Tarifverträge längstens bis 31. Dezember 2014).
- Es wird ein Tarifvertrag zur Entgeltumwandlung vereinbart.

Bemessungssatz Ost

Der Bemessungssatz Ost bleibt bis zum 31. Dezember 2007 unverändert. § 3 Abs. 1 des Vergütungstarifvertrages Nr. 7 zum BAT-O vom 31. Januar 2003 und § 3 Abs. 1 des Monatslohtarifvertrages Nr. 7 zum MTArb-O vom 31. Januar 2003 bleiben un-

berührt. Für die oberen Vergütungsgruppen bleibt der Bemessungssatz Ost bis zum 31. Dezember 2009 unverändert.

Damit wird die bereits vereinbarte Ostangleichung nicht ange-tastet!

Soweit zum Verhandlungsergebnis vom 19. Mai 2006. Seither werden die dazu notwendigen Redaktionsverhandlungen geführt, d. h., das auf 24 Seiten fixierte Verhandlungsergebnis musste in Tarifvertragstexte gegossen werden. Bei Redaktionschluss war bereits bekannt, dass dies bis Ende Oktober 2006 andauern würde, gerade noch rechtzeitig zum Inkrafttreten des TV-Länder.

Alberdina Körner

Weitere Informationen im Mitgliederbereich auf der GdP-Homepage im Ressort Tarifpolitik (Button TVöD/TV-L).

Pleiten, Pech und Pannen

EU-Justiz- und Innenminister verschieben die Einführung des SIS II

Am 6. Oktober war die Katze aus dem Sack: Der Rat der EU Justiz und Innenminister hat auf seinem Treffen in Luxemburg den bisherigen Zeitplan für die Einführung der zweiten Generation des Schengener Informations-Systems, SIS II, gekippt. Nur 2 Monate vor der geplanten Einführung am 1. Januar 2007 hat der Rat damit bestätigt, was aufmerksame Beobachter bereits seit Monaten vermutet hatten.

Als neues Einführungsdatum ist jetzt der Juni 2008 vorgesehen. Für die EU ist diese Verschiebung ein Offenbarungseid: Eine Einbeziehung der neuen Mitgliedsstaaten in das bestehende SIS ist technisch nicht möglich. Die Partizipation der neuen Mitgliedsstaaten an einem gemeinsamen Informationsverbund ist jedoch eine zentrale Voraussetzung für den Wegfall der Kontrollen an den Grenzen zu den

neuen Mitgliedsstaaten. Unmittelbare Konsequenz der jetzt getroffenen Entscheidung ist daher, dass die Kontrollen an den Grenzen zwischen Deutschland und seinen östlichen Nachbarstaaten bis auf weiteres bestehen bleiben.

Als Grund für die Verschiebung werden technische Schwierigkeiten des neuen Systems ins Feld geführt. Hintergrund ist, dass die EU das bestehende SIS nicht nur von 15 auf 25 Teilnehmer aufrüsten will. Gleichzeitig soll das mittlerweile 10 Jahre alte System dem gegenwärtigen technischen Stand angepasst werden. Nicht zuletzt die langwierige Diskussion über neue Funktionalitäten und Möglichkeiten hat dazu geführt, dass erst relativ spät feststand, welche Anforderungen SIS II erfüllen sollte. Das hatte Verzögerungen bei der Auftragsvergabe durch die EU



Kommission. Jetzt zeichnet sich ab, dass sich die technischen Herausforderungen nicht in der kurzen zur Verfügung stehenden Zeit lösen lassen.

Den Schwarzen Peter schieben sich dabei alle Beteiligten munter gegenseitig zu: Eine Gruppe um Tschechien wirft den alten Mitgliedsstaaten vor, technische Probleme lediglich vorzuschieben. Der eigentliche Grund für die Verschiebung seien aber weiter bestehende Vorurteile gegenüber der Fähigkeit der neuen Mitgliedsstaaten, die Schengen Standards für Grenzkontrollen effektiv umsetzen zu können.

Polen musste sich – natürlich

nicht offiziell – vorwerfen lassen, die erforderliche Infrastruktur für die Anwendung des SIS an den Grenzen nicht in ausreichendem Maß aufgebaut zu haben.

Der für die Auftragsvergabe zuständigen EU-Kommission wiederum wird vorgeworfen, die Entwicklung des SIS II nicht mit dem erforderlichen Nachdruck vorangetrieben zu haben.

Die Enttäuschung ist jetzt vor allem in den neuen Mitgliedsstaaten groß, die in den letzten Jahren große Anstrengungen unternommen haben, um ihren Grenzschutz zu modernisieren.

Ob letztlich technische Schwierigkeiten, ungenügende Vorbereitung der neuen Mitgliedsstaaten oder Versäumnisse der EU-Kommission bei der Auftragsvergabe – bei den Bürgern wird der Eindruck der Enttäuschung bleiben: Die EU hatte seit dem Beginn der Beitrittsver-

handlungen 2002 über 4 Jahre Zeit, die Voraussetzungen für die Erweiterung des Schengen Raums zu schaffen.

Außer den regelmäßigen Erfolgsmeldungen nach den Sitzungen der Justiz und Innenminister

ständige Reisefreiheit am 1. Januar 2007 Realität werden würde. Die Bürger in den 15 bisherigen Mitgliedsstaaten konnten sich aussuchen, ob sie den beruhigenden Floskeln ihrer Regierungen oder teilweise wilden

Spekulationen über Gangster aus dem Osten G l a u b e n schenken wollten.

Was bleibt, ist der Eindruck eines halbherzigen Umgangs der Politik nicht nur mit dem Thema Innere Sicherheit in der EU, sondern auch mit den Hoffnungen

der Bürger der neuen Mitgliedsstaaten auf Gleichberechtigung in der EU. Spätestens jetzt sollten die EU und ihre Mitgliedsstaaten die Notbremse ziehen und für mehr Transparenz und damit für mehr Ehrlichkeit im Umgang mit dem Thema Innere Sicherheit in einer erweiterten EU sorgen. **hk**



Der Autor: Heinz Kiefer, Präsident von EuroCOP

sind während dieser Zeit kaum belastbare Informationen zum tatsächlichen Stand der Vorbereitungen auf die Erweiterung des Schengener Raums zugänglich gewesen. Das hat viel zu viel Raum für Spekulationen gelassen. Die Bürger in den 10 neuen Mitgliedsstaaten wurden in dem Glauben gelassen, dass die voll-

FORUM Fortsetzung von Seite 5

Zu: „Alkohol am Arbeitsplatz“, DP 9/06

Schon seit Jahren sind in den Dienststellen der Polizeien Suchtberater bzw. Suchtkrankenhelfer als Ansprechpartner, meist nebenamtlich, tätig. Aufgaben sind hierbei Suchtprävention und die Einzelfallhilfe für Betroffene, deren Angehörige, Vorgesetzte und Kollegen. Weitere Informationen über die Suchtproblematik, bzw. den zuständigen Suchthelfer finden Polizeibeschäftigte im Intranet der Dienststellen.

Wichtig ist noch die Internetseite der Bundesarbeitsgemeinschaft „Suchtprobleme in der Polizei“ (www.bag-sucht.de). Die BAG ist ein bundesweiter Arbeitskreis innerhalb der Poli-

zei. Mitglieder sind Polizeibeschäftigte, Betroffene und Fachleute verschiedener wissenschaftlicher Richtungen (Medizin, Pädagogik, Psychologie, Sozialarbeit). Ziel der BAG ist die Abwehr von Suchtgefahren für alle Polizeibeschäftigten und deren unmittelbaren sozialen Umfeld. Die BAG ist bestrebt, dass in allen Ländern verbindliche Rahmenbedingungen/Hilfssysteme für den Umgang mit Abhängigkeitserkrankungen geschaffen werden. Aus unserem Verständnis heraus ergibt sich ebenfalls, dass wir bemüht sind, in allen problematischen Lebenssituationen Hilfestellungen zu geben.

Jürgen Swider, Suchtkrankenhelfer in der BPOLABT Sankt Augustin

Interaktiver Funkstreifenwagen

Die Brandenburger Polizei benötigt neue Konzepte und Lösungen, um ihre Aufgaben, wie die Sicherstellung polizeilicher Grundleistungen, Bewältigung von Kriminalitäts-, Verkehrsunfall- und Einsatzlagen sowie die Erhöhung der Präsenz sicherzustellen.

Einen Beitrag wird der „Interaktive Funkstreifenwagen“ leisten. Zur Erhöhung der Präsenz der Polizei und damit zur Gewährleistung der Sicherheit in ländlichen Infrastrukturen sowie zur Optimierung des Ressourceneinsatzes bei der Wiederherstellung der Sicherheit in Gefahren- und Schadenslagen und zusätzlich zur Erhöhung der Eigensicherung der eingesetzten Kräfte wurde durch das Referat „Führung, Einsatz und Kriminalität“ des Ministerium des Innern ein landesweites Projekt zur Entwicklung und Einführung eines „Interaktiven Funkstreifenwagen“ bei der Polizei vorbereitet. Zum 1.4.2006 wurde der Zentraldienst der Polizei des Landes Brandenburg beauftragt, landesintern die Erprobung der Kompatibilität verschiedener technischer Systeme unter Sicherstellung der allgemeinen Fahrzeugsicherheit vorzubereiten.

Dazu werden unterschiedliche Fahrzeugmodelle (BMW, DaimlerChrysler, VW) neben der allgemeinen Fahrzeugausstattung mit einem Car-PC zur Vorgangsbearbeitung im Fahrzeug sowie der Nutzung von Fahndungs- und Informationssystemen, Videotechnik zur Dokumentation von Anhalte- und Kontrollvorgängen, Navigationssystem mit integriertem Flottenmanagement zur Einsatzmittellokalisierung, UDS, sowie einem Multifunktionsgerät zur Ergänzung der Vorgangsbearbeitung vor Ort durch Drucken, Kopieren, Scannen und Mailen ausgestattet. Die vorgesehene Zusatzausstattung mit einer Vorrangschaltung von Lichtsignalanlagen ist für das Jahr 2007 beabsichtigt.

Die genannten Komponenten,

Aktuelle Prognosen prophezeien dem Flächenland Brandenburg bis zum Jahr 2020 eine Stagnation bzw. leichte Abnahme der Bevölkerungszahlen. Im engen Verflechtungsraum um die deutsche Hauptstadt wird es einen Bevölkerungszuwachs geben, während die ländlichen Räume viel Fläche, aber wenig Menschen bieten werden. Diese demographischen Prognosen und die Erfordernis des Landes, die Ausgaben zu verringern, werden kurz-, mittel- und langfristig Einfluss auf die Personalbedarfsplanung sowie Ausstattung der Polizei haben.

die Erfassung von Vorgängen, und die Nutzung von Fahndungssystemen sind der zentrale Schwerpunkt des Projektes. Ziel des Projektes ist eine Standardversion eines Funkstreifenwagens zur Bewältigung von Schadens- und Gefahrenlagen. Das satellitengestützte Flotten-

management und Steuerung zu ermöglichen, werden die „Interaktiven Funkstreifenwagen“ in ausgewählten und zusammenhängenden Schutzbereichen eingesetzt.

Die Steuerung und Führung der „Interaktiven Funkstreifenwagen“ erfolgt während der Er-



management/Navigation und ggf. die Vorrangschaltung befinden sich derzeit noch in der Entwicklung.

Das Projekt und damit der Einsatz der „Interaktiven Funkstreifenwagen“ in der Erprobungsphase sollen ausschließlich im Zuständigkeitsbereich des Polizeipräsidenten Frankfurt/Oder stattfinden. Um eine schutzbereichsübergreifende Koordi-

proben über einen gesonderten Arbeitsplatz, der parallel zu einem ELBOS-Arbeitsplatz in der Leitstelle besetzt wird.

Ein erster Erfahrungszwischenbericht soll im ersten Halbjahr 2007 erstellt werden. Eine Implementierung des Projektes Kreditkartenverfahren („OWI mobile aquila“) ist ebenfalls für das Frühjahr 2007 vorgesehen. **Yvonne Voigt**

Erste „Internet-Wache“

Tagesaktuelle Informationen schnellstmöglich bereit zu stellen und einen Kontakt zur Polizei auf kurzem Weg zu ermöglichen, waren im Oktober 2002 in Brandenburgs Polizei Grundlage für die Idee, eine „virtuelle Wache“ zu entwickeln. Sie sollte sowohl regionalbezogene Informationen als auch polizeiliche Dienstleistungen online anbieten und dem Bedürfnis der Menschen nach modernen unbürokratischen Verwaltungsdienstleistungen, die Zeit und Wege ersparen, entsprechen.

Im Februar 2003 war es so weit: Als Ergebnis polizeiinterner Projektarbeit konnte die bundesweit erste Internetwache der Polizei in Brandenburg ihre Pforten öffnen – unter www.internetwache.brandenburg.de.

Erstmals hatten die Bürger Brandenburgs nun die Möglichkeit, online eine Anzeige zu erstatten, eine Versammlung anzumelden, sich zu bedanken, zu beschweren oder einen Hinweis zu geben. Auch diejenigen, die polizeilichen Rat suchen oder sich bei der Polizei bewerben wollen, können über die angebotenen Online-Formulare direkten Kontakt mit der Polizei aufnehmen. Dazu muss das für den Wohnort zuständige Polizeipräsidium – Potsdam oder Frankfurt (Oder) – ausgewählt werden, an das die Nachricht unmittelbar gesandt wird. In den Polizeipräsidien wird die eingehende Post rund um die Uhr gesichtet und an die zuständige Dienststelle weitergeleitet. Von dort erhält

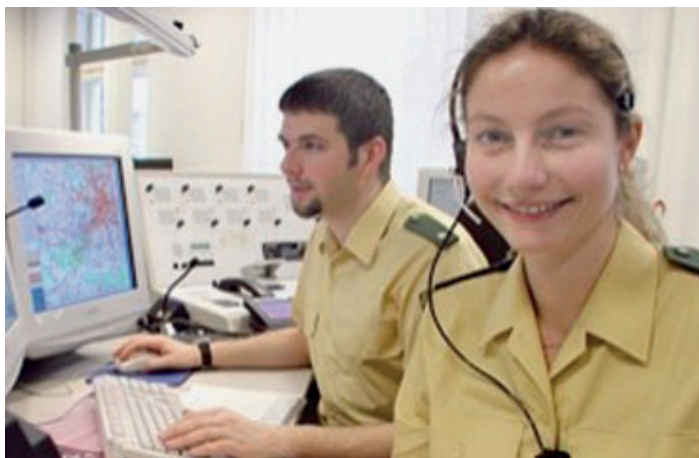
Fortsetzung Seite 21

der Absender einer Nachricht zunächst eine Eingangsbestätigung und möglichst zeitnah weitere Informationen.

Im März 2004 wurde die erste Internetwache für Kinder gestartet. Die Leitfiguren „Sternchen“, „Aki“ und „Kommissar Kluge“ führen die 5- bis 8-jährigen Besucher unter www.kinderwache.de in einer lockeren und abwechslungsreichen Web-Atmosphäre zu Information und Spiel, wobei neben den Aufgaben der Polizei

Zwischenzeitlich wurden für die Nutzer des Internetangebotes „persönliche Postfächer“ eingerichtet, um über die Internetwache initiierte Vorgänge verfolgen zu können. Das Postfach ermöglicht bei Nachfragen oder Ergänzungen den direkten Kontakt zwischen Bürger und zuständigem Sachbearbeiter.

Seit der Eröffnung der Internetwache gingen bis August 2006



Internetwache

Foto: Polizei Brandenburg

Wissen über alltägliche Gefahren und richtiges Verhalten in verschiedenen Situationen vermittelt wird. Die Kinder können u. a. virtuell eine echte Polizeiwache besuchen, puzzeln, malen oder sich in einem „Gefahrenlexikon von Kindern für Kinder“ schlau machen. Mit der Kinderwache, die sich unter www.internetwache-brandenburg.de auch als Offline-Version downloaden lässt, erhalten nicht zuletzt Eltern und Erzieher interessante pädagogische Hilfe.

Aber auch die Internetwache der Polizei Brandenburg wurde weiter entwickelt. So konnte auf der Computermesse CEBIT 2004 eine weitere Rubrik „Lebenslagen“ vorgestellt werden: Zu bestimmten Lebenssituationen, wie beispielsweise „Was ist, wenn ich bedroht oder beleidigt wurde?“, erhalten Interessierte Hinweise zum richtigen Verhalten und Informationen über entsprechende polizeiliche Dienstleistungen.

insgesamt 17.873 E-Mails bei der Polizei ein. Davon waren 11.871 Anzeigen, 171 Versammlungsmeldungen, aber auch Lob und Dank konnte die Polizei 471-mal verbuchen. Hinzu kamen 360 Beschwerden, 2.018 Hinweise und 2.982 Kontaktaufnahmen.

Die Brandenburger Polizei hat sich mit der Internetwache in den letzten Jahren als innovativer Ideengeber und Vorreiter in diesem Punkt innerhalb der Länderpolizeien etabliert. Die Internetwache wird dementsprechend von vielen Polizeien als Quasi-Standard für ein bürgerorientiertes Service- und Kommunikationsportal der Polizei anerkannt.

Unter dem Leitmotiv „Eine Polizei – Ein Auftritt“ wollen die brandenburgischen Polizeien, das Gesamtangebot der Internetwache sukzessive erweitern und die bewährte Struktur optimieren.

Horst Müller

PFA auf dem Weg zur Deutschen Hochschule der Polizei

Seit einigen Jahren wurde der Prozess zur Fortentwicklung der Polizeiführungsakademie Münster-Hiltrup zu einer „Hochschule Polizei“ sehr engagiert von allen Beteiligten gestaltet und von der Gewerkschaft der Polizei an vielen Stellen unterstützend begleitet.

Die Entscheidung der im Reformprojekt Verantwortlichen, diesen Prozess dem Rahmen des so genannten „Bologna-Prozesses“ unterzuordnen, war von

strategischer Weitsicht geprägt. Sie stellte eine geeignete Grundlage für die Realisierbarkeit des Reformvorhabens dar und gewährleistete gleichzeitig die Einordnung der Ausbildung des höheren Polizeivollzugsdienstes mit einem anerkannten Bildungsabschluss in der nationalen und europaweiten Bildungsstruktur.

Die Akkreditierung des Master-Studienganges durch eine externe Agentur, die Verabschiedung des entsprechenden Gesetzentwurfs in Nordrhein-Westfalen sowie seine Ratifizierung in den Ländern und beim Bund waren wichtige Schritte im Reformprozess, die zwischenzeitlich erfolgreich absolviert sind (s. auch DP 7/06 und 9/06).

Die hierauf aufbauende Gestaltung einer Prüfungsordnung war und ist der logische nächste Schritt. Für die GdP bestand Gelegenheit, zum Entwurf einer Prüfungsordnung für den Masterstudiengang „Öffentliche Verwaltung – Polizeimanagement“ an der Deutschen Hochschule der Polizei (PrüfO-MA-PM), am 24. August 2006 im Rahmen einer Anhörung Stellung zu nehmen.

Der stellvertretende Bundesvorsitzende Hugo Müller machte dabei deutlich, dass vor allem die für den Master-Studiengang im Rahmen der Akkreditierung definierten Rahmenbedingungen in der Prüfungsordnung beachtet bzw. umgesetzt werden müssten, und dass aus Sicht der GdP dieser notwendigen Logik Rechnung getragen ist.

Im Sinne der „Bologna-Prinzipien“ sind die Studieninhalte Modulen zugeordnet. Die Module (entsprechend der nebenstehenden Übersicht) sind in sich geschlossen und in einer grund-

Anlage 1 zur Prüfungsordnung (PrüfO-MA-PM) Module – Kurzversion

Modul	Modultitel	Leistungspunkte
1. Studienjahr		
M 1	Methodik/Technik wissenschaftlichen Arbeitens; Problemlösungstechniken	6
MA	Masterarbeit	(1)*
M 2	Das Grundgesetz, die europäische Verfassung und das Völkerrecht als Rahmen polizeilichen Handelns	4
M 3	Grundlagen des Einsatzmanagements	7
M 4	Führung von Mitarbeitern/Öffentliches Dienstrecht	9
M 5	Gestaltung von Organisationen	5
M 6	Kriminalwissenschaften	7
M 7	Führungsaufgabe Verkehrssicherheitsarbeit I	4
M 8	Polizeiliche Informationsgewinnung	4
M 9	Bewältigung komplexer Großlagen I	7
M 10	Aufgaben und Organisation der Polizeien des Bundes und der Länder	2+2
2. Studienjahr		
M 11	Polizei in der Gesellschaft	4
M 12	Personalführung in der Polizei	5
M 13	Management in der Polizei	6
M 14	Kriminalität - Phänomen und Intervention I	3
M 15	Kriminalität - Phänomen und Intervention II	6
M 16	Kriminalität - Phänomen und Intervention III	6
M 17	Bewältigung komplexer Großlagen II	7
M 18	Führungsaufgabe Verkehrssicherheitsarbeit II	4
M 19	Internationale und interkulturelle Polizeiarbeit	5
Gesamt		103
Masterarbeit Bearbeitung 12 Wochen = 480 h = 16 LP zzgl. *1 LP Präsenzveranstaltung		17
Gesamt inkl. Masterarbeit		120

Die Tabelle wurde aus Platzgründen minimiert dargestellt. Die komplette Tabelle – u. a. mit den Lehrveranstaltungen, die den Modulen zugeordnet sind – ist in der Internet-Darstellung von DEUTSCHE POLIZEI auf der GdP-Homepage zu finden. **Die Redaktion**

sätzlich nachvollziehbaren und sinnvollen Reihenfolge auf die beiden Studienjahre verteilt. Der in den Modulen vorgesehene Workload sowie die zugeordneten Leistungspunkte erscheinen angemessen bzw. stimmig.

Eine ganz wesentliche Veränderung der bisherigen Ausbildung zum höheren Dienst ist allerdings in diesem Zusammenhang zu sehen: Die Bewertung des gesamten Studiums erfolgt modulatorientiert und studienbegleitend; von den insgesamt

erreichbaren 120 Leistungspunkten werden im ersten Studienjahr maximal 57 vergeben. Da somit der prüfungs- und ergebnisrelevante Stellenwert des ersten Studienjahres (das wohl wie bislang überwiegend in der Verantwortung der Länder bzw. des Bundes steht) ganz enorm steigt, sind aus Sicht der GdP entsprechende Maßnahmen zur Qualitätssicherung und Gewährleistung der länderübergreifenden Vergleichbarkeit indiziert.

Darüber hinaus forderte Hugo Müller, dass für eine angemessene räumliche, sachliche und vor allem personelle Ausstattung der künftigen Hochschule gesorgt werden muss, um die hochgesteckten Ziele im künftigen Master-Studiengang auch erreichen zu können. Dabei muss insbesondere ein ausreichender Stellenwert der „Polizei-praxis“ gewährleistet sein.

In dem konstruktiven Austausch wurden weitere GdP-Anregungen, etwa zum Einsichts-

recht in Prüfungsakten, sehr positiv aufgenommen.

Der erste Studiengang, der in Gänze nach der neuen Systematik bzw. Prüfungsordnung läuft, wird im Herbst 2007 beginnen. Beim Studiengang, der im Herbst 2006 begonnen hat, wird die neue Prüfungsordnung insbesondere für das zweite Studienjahr zur Anwendung kommen, sodass es hier noch einer entsprechenden Übergangsregelung bedarf.

Hugo Müller

WELTMÄNNERTAG

Gesundheitsmuffel Mann

Der Weltmännertag (Men's World Day) findet seit dem 3. November 2001 jährlich am 3. November statt und soll das Bewusstsein der Männer im gesundheitlichen Bereich erweitern.

Rechtzeitig zum „Tag der Männergesundheit“, liegen die Ergebnisse zweier Umfragen vor. Sowohl das Männer-Gesundheitsmagazin Men's Health hat eine Umfrage zum Thema beauftragt (bei Allensbach) als auch das Pharma-Unternehmen ratio-pharm (bei emnid). Jeweils um die 1.000 Männer beantworteten Fragen zu Krankheit, Gesundheit und Wohlbefinden.

Laut der emnid-Umfrage fühlen sich 85 % der deutschen Männer zwischen 30 und 60 Jahren gut bis ausgezeichnet. Was dies bedeutet, wissen nur die Männer allein: Denn gleichzeitig leidet jeder vierte Mann regelmäßig an Beschwerden: Rücken- und Gelenkschmerzen (58 %), Kopfschmerzen (46 %),

Magenschmerzen und Sodbrennen (37 %) sowie Schlafstörungen (35 %). Dass immerhin 71 % der Männer sich regelmäßig müde und abgeschlagen fühlen, lässt sich als Folge oder Ursache diverser Leiden interpretie-

ren – glaubt man den Angaben von 72 Prozent der Befragten, dass sie auf ausreichend Schlafen achten.

Kaum zum Arzt, wenig Sport, viel rauchen

Beschwerden werden nur selten ernst genommen, der Weg in die Apotheke oder zum Arzt fällt M ä n n e r n schwer. Hat Mann eine Frau an seiner Seite, ist sie oft seine persönliche Gesundheitsmanagerin (42 %). Single-Männer greifen im Leidensfall zuerst in die meist schlecht bestückte und falsch platzierte Hausapotheke – in der Hoffnung, dort finde sich eine passende Arznei, die noch nicht die Haltbarkeitsgrenze überschritten hat. 58 % der Befragten sind übergewichtig. Dabei bewegen

sie sich nach ihrer Meinung ausreichend (79 %). Zwar denkt nur jeder Zehnte dabei an regelmäßigen Sport, dafür raucht aber fast die Hälfte der 30- bis 60-jährigen.

Gesundheitsmuffel „Mann“

Auch die Ergebnisse der Allensbach-Umfrage lassen den Schluss zu, dass deutschen Männern ihre Gesundheit nicht sonderlich am Herzen liegt. Gerade ein Viertel der befragten Männer ab 18 Jahren interessiert sich für medizinische Fragen, nur jeder Vierte nimmt das Angebot medizinischer Vorsorgeuntersuchungen wahr.

Nur 30 % der Befragten nehmen einen Herzinfarkt als reale Bedrohung wahr; tatsächlich sterben jedoch 44 % der Männer an Herz-Kreislauf-Erkrankungen.

Ihren Arzt suchen drei Viertel nur dann auf, wenn es ihnen richtig schlecht geht. 50 % der Männer gehen trotz Krankheit zur Arbeit. Die Hälfte der Befragten würde allerdings häufiger eine Praxis aufsuchen, wenn sich dieses positiv auf die Beiträge der Krankenkasse auswirken würde.

Red.



Kommissar ohne Allüren und Mätzchen – mal kucken

Und wieder wird die Polizei zum Serien-Star: Das ZDF startete am 27. Oktober mit „Stolberg“ eine neue Serie zur Hauptsendezeit. Neu kreiert wird Rudolf Kowalski, der „Mann“ von Bella Block. Er geht vorerst für sechs Folgen als neuer ZDF-Ermittler Stolberg ins Rennen – ohne Allüren und ohne Mätzchen, ein Ermittler der alten Schule. Mit ihm sprach Sabine Schneider – über seine Rolle und über seine Sicht auf die Darstellung von Ermittlern in verschiedenen Fernsehproduktionen.

Herr Kowalski, der von Ihnen gespielte Kommissar Stolberg wird als Ermittler alter Schule vorgestellt. Was heißt das?

Das ist einer, der einfach seine

Sie mögen den Stolberg?

Allmählich beginne ich ihn zu begreifen. Wir werden diese Figur ja auch weiterentwickeln. Meine Tochter fragte mich allerdings, als



Unterstützt wird Kriminalhauptkommissar Martin Stolberg von einem starken Team: Kriminaloberkommissarin Sofia Lechner (Victoria Mayer, r.) und Kriminaloberkommissar Florian Glade (Aurel Manthei, l.).

Foto: ZDF/Michael Boehme

Arbeit macht. Eine Vertrauens- und Respektsperson. Das ZDF wollte einen Kriminalisten wiedererwecken, wie es ihn vor Jahren schon einmal gab, wo der Fall im Mittelpunkt steht und nicht das private Umfeld. Eine Figur wie früher Trimmel, Haferkamp oder Derrick. Der Schwerpunkt liegt auf Psychologie und nicht auf „Action“. Vielleicht ist das eine altmodische Erzählweise. Damit kann ich gut leben.

Also keine Gespräche am Bockwurststand, kein privater Frust, der in den Beruf hineinreicht?

Ganz sicher nicht. Ich habe es richtig genossen, dass wir uns am Set jedes Mal fragten: „Was können wir weglassen?“ Die Originalität liegt im Fall, der gelöst werden muss. Nur darum geht es. Stolberg ist eine Figur mit klaren Konturen, er kommt ohne Witze und Mätzchen aus, ohne die allgegenwärtigen Füllwörter.

sie einiges gesehen hatte: „Lächelst du auch mal?“ Das werde ich – wenn sich die Gelegenheit bietet.

Besteht nicht die Gefahr, dass uns ein Mann ohne Eigenschaften entgegentritt?

Ich glaube nicht. Mich nerven mittlerweile all die schlecht rasierten, missgelaunten, beziehungs-gestörten Kommissare, die kaum noch Zeit für ihre Arbeit haben. In einem Polizeiruf hat sich einer über mehrere Monate um seine neue Küche gesorgt, vielleicht tut er es immer noch. Wenn den Drehbuchautoren nichts mehr einfällt, dann weichen sie aufs Private aus.

Auch „Bella Block“, deren Gefährten Sie spielen, kommt ohne Mätzchen aus, allerdings zeigt sie offen ihre Emotionen.

Das stimmt. Auch hier bin ich immer für Reduktion aufs Wesentliche. Einmal fragte sie mich, also den Simon Abendroth: „Verfolgst du mich?“ Und ich sollte sagen: „Wie kommst du denn darauf?“ So oder ähnlich windet man sich ja wortreich aus einer prekären Situation heraus. Ich wollte aber, nach meinem Gefühl, einfach mit „ja“ antworten. Und das tat ich dann auch.

Stolberg hat also kein Privatleben. Wie lange wird man das durchhalten?

Er hat ja eins, dieser Subtext muss da sein. Ich muss seine Geschichte mitspielen, ohne sie zu zeigen. In seinen Reaktionen, seiner Mimik. Immerhin wird er ja am Anfang aus dem Bett geklingelt. Er hat ein Dach über dem Kopf.

Was gab für Sie den Ausschlag, die Rolle zu übernehmen?

Für mich war's ein Sprung ins kalte Wasser, denn als ich mich entscheiden musste, gab es noch kein fertiges Drehbuch. Nur eben die Konturen des Kriminalisten. Matti Geschonneck, der den Stoff mitentwickelt und die ersten Folgen inszeniert hat, war einer der Hauptgründe, mich darauf einzulassen. Außerdem wurde als Schauplatz diesmal Düsseldorf gewählt. Ich wohne in der Nähe von Bonn, kann also abends nach Hause zu meiner Familie.

Das ZDF verbindet mit „Stolberg“ den Hinweis auf andere Freitagabend-Serien, die teilweise seit 25 Jahren laufen, wie „Ein Fall für zwei“ oder „Der Alte“. Sind Sie auf eine solche Zeitspanne eingestellt?

Ich gehe eigentlich von 50 Jahren aus (lacht). Nein, ich habe nicht vor, mich mit Stolberg zur Ruhe zu setzen. Aber so eine reizvolle Chance lässt man sich nicht entgehen.

Matschig in der Birne

Die Programminhalte von ARD und ZDF seien tagsüber „nur schwer erträglich“, trotzdem können die Privatsender den öffentlich-rechtlichen beim Informationsgehalt „nicht das Wasser reichen“. Zu diesem Ergebnis kommen die Grünen-Politiker Anna Lührmann, Fraktionschef Fritz Kuhn, Grietje Bettin und Wolfgang Wieland. Im Rahmen der Aktion „Ich glotz' TV“ hatten sich die Abgeordneten bei einem 24-stündigen TV-Marathon durch die Programme gezappt. „Nach 24 Stunden bin ich jetzt schon matschig in der Birne“, sagte Lührmann gegenüber der „Netzeitung“. Die Fähigkeit, sich zu artikulieren und klare Gedanken zu fassen, lasse merklich nach. „Wenn ich das ständig machen würde, würde ich sicher verdummen.“ Gleichzeitig räumte sie ein, dass sie sich „zumindest teilweise ganz gut unterhalten“ fühlte.

Vor allem die Talkshows der Privatsender brachten Lührmann auf die Palme. Allerdings sei sie überrascht, dass bei den Privatsendern auch ein Informationsgehalt da sei, und verwies auf ein Interview mit dem Bundesvorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Konrad Freiberg, in Sat.1.

Begeistert zeigte sich Lührmann auch von einer ZDF-Dokumentation: „Am Abend hat das ZDF eine Dokumentation über die Waffenss gebracht – im Zusammenhang mit der Grass-Debatte – und da merkt man schon, dass die öffentlich-rechtlichen ihre Daseinsberechtigung und einen besonderen Auftrag haben“, so Lührmann. Allerdings sehe sie auch hier noch Verbesserungsbedarf.

Armee gegen die eigenen Bürger? – Historische Erfahrungen in Deutschland

Während sich die Gegner eines Militäreinsatzes im Innern durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15. Februar 2006 (das höchste Gericht entschied, dass das Luftsicherheitsgesetz vom 11. Januar 2005 mit zentralen Artikeln des Grundgesetzes nicht vereinbar sei) bestätigt fühlen, drängen die Befürworter mehr denn je auf eine Änderung des Grundgesetzes.

Eine fundierte Auseinandersetzung mit den geschichtlichen Erfahrungen auf diesem Gebiet scheint mir in diesem Zusammenhang gerade in Deutschland unerlässlich.

Allgemeinbetrachtung

In fast allen Phasen der deutschen Geschichte vor 1945 verstand sich das Militär nicht nur als ein – politisch neutrales – Instrument der Politik, sondern es positionierte sich als ein Sozialkörper, der das Recht auf eine eigene politische Interessenvertretung, ja auf Herrschaftsbeteiligung, beanspruchte. Der amerikanischen Historiker Gordon A. Craig brachte es auf den Punkt: Das Militär habe in Deutschland „stets dahin tendiert [...], ein Staat im Staate zu sein, der den sozialen Fortschritt und die Entwicklung liberaler de-

„**War die Polizei bei der Wahrung der öffentlichen Sicherheit überfordert, hielt sich die Armee bereit, gewaltsam gegen die politische Opposition im Innern vorzugehen.**“

mokratischer Institutionen verhinderte.“ Dazu war es u. a. gekommen, weil eine klare Trennung polizeilicher und militärischer Aufgaben fehlte und das Militär so auch Felder der Innenpolitik okkupieren konnte.

Über einen möglichen Einsatz der Bundeswehr im Innern wird hierzulande seit Anfang der neunziger Jahre diskutiert. Damals wollte der CDU-Politiker Wolfgang Schäuble die Bundeswehr zur Unterstützung des Bundesgrenzschutzes (BGS) heranziehen, um den illegalen Zustrom von Ausländern stoppen zu helfen. Obwohl es längst keine Einwandererströme mehr an den Grenzen aufzuhalten gibt, ist er heute noch immer einflussreichster Wortführer der Forderung, den Einsatz der Bundeswehr im Innern zu ermöglichen, notfalls durch eine Verfassungsänderung. Innere und äußere Sicherheit, heißt es, ließen sich nicht mehr wie früher trennen. Zumal der internationale Terrorismus zu einem Umdenken herausfordere.

Die innenpolitische Rolle der Armee im kaiserlichen Deutschland

In der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848 spielte das preußische Militär den Part der gewaltsamen Gegenrevolution. Gemäß der von General K. G. v. Griesheim formulierten Devise „Gegen Demokraten helfen nur Soldaten!“ wurde das Kriegsrecht über Berlin verhängt, das Parlament gewaltsam aufgelöst und sämtliche demokratischen Kräfte und Zeitungen wurden verfolgt. Auch nach der Reichsgründung 1871 spielte das Militär eine wichtige innenpolitische Rolle. Sie zielte auf die Stabilisierung des monarchischen Obrigkeits- und Militärstaates, auf die Abwehr sozialrevolutionärer und demokratischer Bestrebungen sowie auf die Aufrechterhaltung der damaligen Klassengesellschaft. Die Kritiker nannten das System Militarismus.

War die Polizei bei der Wahrung der öffentlichen Sicherheit überfordert, hielt sich die Armee bereit, gewaltsam gegen die politische Opposition im Innern vorzugehen.

Es konnte nicht ausbleiben, dass sich die Positionierung des Militärs gegen den „inneren Feind“ zu einem zentralen Konfliktfeld der Kaiserzeit entwickelte. Welche Konsequenzen sich daraus ergaben, machte Kaiser

Innenpolitik des deutschen Militärs im Zeichen des Belagerungszustandes (1914-1918)

Im Deutschen Kaiserreich galt das preußische Gesetz über den Belagerungszustand aus dem Jahre von 1851 fort. Es ermächtigte die Staatsführung zur Einschränkung der Bürgerrechte, zu einer Übertragung von Machtbefug-



Regierungstruppen mit Geschützwagen 1919 unterwegs in München zur Niederschlagung der Bayerischen Räterepublik.

Wilhelm II. deutlich, als er den Rekruten, die im November 1891 in einer Potsdamer Kaserne zur Vereidigung angetreten waren, etwas Ungeheuerliches abforderte:

„Ihr habt mir Treue geschworen, das – Kinder meiner Garde – heißt, Ihr seid jetzt Meine Soldaten, Ihr habt Euch Mir mit Leid und Leben ergeben; es gibt für Euch nur einen Feind, und der ist mein Feind. Bei den jetzigen sozialistischen Umtrieben kann es vorkommen, dass Ich Euch befehle, Eure eigenen Verwandten, Brüder, ja Eltern niederzuschießen – was ja Gott verhüten möge – aber auch dann müsst Ihr meine Befehle ohne Murren befolgen.“

nissen auf militärische Behörden und gegebenenfalls auch zu einem Einsatz von Militär gegen die Unruhestifter. Ein Staat, in welchem das Belagerungszustandsrecht verhängt wurde, befand sich gleichsam im inneren Kriegszustand.

Als bei Kriegsbeginn 1914 der Belagerungszustand verhängt wurde, ging ein wesentlicher Teil der Macht im Innern des Deutschen Reiches auf die Militärbehörden über, nämlich auf die Stellvertretenden Generalkommandos, denen ein bestimmter Bereich des Heimatgebietes zugeordnet war. Sie unterstanden dem preußischen Kriegsministerium. Ihr Aufgabenprogramm umfasste den militärischen Personalersatz und Nachschub, die Bewirtschaftung des Arbeitsmarkts, die Zutei-

lung von Rohstoffen, die Lebensmittelversorgung, die Aufrechterhaltung der „öffentlichen Sicherheit“, die Überwachung des politischen Lebens mit Hilfe der Zensur sowie Eingriffe in das Vereins- und Versammlungsrecht, die Einziehung streikender Arbeiter zum Frontdienst, die Förderung des richtigen, also eines kriegerisch-nationalistischen Denkens durch Einführung des „Vaterländischen Unterrichts“, schließlich sogar die Leitung von kriegswirtschaftlich wichtigen Betrieben.

Die militärische Behördenstruktur wurde schließlich auch zur

organisatorischen Grundlage der Herrschaft der 3. Obersten Heeresleitung (OHL) unter Hindenburg und Ludendorff in der zweiten Hälfte des Krieges, die nicht zu Unrecht als eine Art Militärdiktatur bezeichnet worden ist. Die OHL entwickelte sich zur „maßgebenden Instanz“ der deutschen Innenpolitik. Sie betrieb sowohl den gesteigerten Kriegseinsatz für den Krieg nach außen als auch, innenpolitisch, den Erhalt des verfassungspolitischen Status quo gegen alle Reformbestrebungen der demokratischen Parteien.

Revolutionszeit 1918/19 und „Nachkrieg“: Freikorps und politische Morde

Die Armee bestand um die Jahreswende 1918/19 nicht mehr aus den Millionen zwangsverpflichteter Soldaten des Kriegsheeres und der Kriegsmarine. Diese waren längst demobil gemacht oder hatten sich selbstständig in ihre Heimatorte begeben. Verblieben war ein „harter Kern“ von einigen Hunderttausend Berufs-

militärs sowie von jungen, vom Frontdienst geprägten Offizieren und Unteroffizieren, die außer dem Kriegshandwerk bislang nichts gelernt hatten und die sich nun sträubten, die Uniform ausziehen und eine Beschäftigungsmöglichkeit in einem Zivilberuf anzustreben. Zugleich handelte es sich um „Desperados“, politische Heißsporne rechtsextremer Ausrichtung.

Während der revolutionären Unruhen in der Reichshauptstadt Berlin im Januar 1919 traf die sozialdemokratische Regierung der Volksbeauftragten die folgen-

schwere Entscheidung, ausgerechnet den für das Militär zuständigen SPD-Minister Noske zu beauftragen, „Ruhe und Ordnung“ wieder herzustellen. Offenbar hatten sich die Politiker in den zurückliegenden Jahren an kriegerische Gewalt gewöhnt und die Polizei eher aus den Augen verloren.

Da in Berlin damals keine einsatzbereiten Truppen zur Verfügung standen, ging der Volksbeauftragte Noske daran, Freiwilli-

Matthias Erzberger sowie der Reichsaußenminister Walther Rathenau.

Krieg im Innern: Bürgerkrieg

Auch jene Offiziere und Soldaten, die sich seit Januar 1919 zum Dienst in der neu aufgestellten „Freikorps“ meldeten, sahen in den innenpolitischen Nachkriegs-

Diese Gewaltpolitik führte keineswegs zu einer Beruhigung der innenpolitischen Szene. Die Protestbewegung schwoll weiter an und entlud sich im rheinisch-westfälischen sowie im mitteldeutschen Industriegebiet in Massenstreiks. Am 4. März 1919 kam es zum Generalstreik und zu Straßenkämpfen. Die Garde-Kavallerie-Schützen-Division und andere Verbände, insgesamt 31.400 Mann, erhielten den Befehl zum Ein-

marsch in Berlin. Am Alexanderplatz schossen die Truppen scharf in die unbewaffnete Menge. Das war der Auftakt zu den bewaffneten Straßenschlachten, die sich bis zum 16. März hinzogen.

Es folgte die militärische Niederschlagung der am 15. April 1919 ausgerufenen kommunistischen Räteregierung in München. Sämtliche Versuche, ein Blutbad zu vermeiden, wies General v. Oven zurück und ließ sich auch von dem Be-

schluss der Münchener Räteregierung, sofort die Waffen niederzulegen, nicht davon abhalten, am 1. Mai 1919 mit seinen 35.000 Soldaten in die Stadt einzumarschieren. Unter dem Eindruck einer antibolschewistischen Hetzpropaganda und einer Befehlsgewalt, die der Willkür Tür und Tor öffnete, verübten sie in der Woche nach ihrem Einmarsch Gräueltaten, die – nach dem Urteil des Historikers Peter Kritzer – „weit über alles hinausgingen, was den Taten oder Untaten der Räteregierung angemessen gewesen wäre“. Es wird berichtet, dass sich die Truppen in einem „Blutrausch“ befanden. Während der Münchener Bürgerkriegstage verloren bis zu 1.000 Menschen ihr Leben – nicht nur im bewaffneten Kampf.

In den bürgerkriegsähnlichen Kämpfen der ersten Hälfte des Jahres 1919 starben insgesamt mehrere tausend Menschen. Einen ähnlichen Blutzoll hatten in-

nere Konflikte in Deutschland seit dem Dreißigjährigen Krieg nicht mehr gefordert.

Von diesem Zeitpunkt an verselbständigte sich der militärische Apparat, u. a. deshalb, weil sich Noske gleichzeitig mit Unruhen im Ruhrgebiet, in Braunschweig, Magdeburg, in den Ostprovinzen und in Württemberg zu befassen hatte. Schließlich, im März 1920, wagte ein Teil der Truppen sogar den Putsch gegen die junge Republik.

Kapp-Lüttwitz-Putsch März 1920 und Generalstreik

Den Anlass bildete die Weigerung einiger Verbände der Vorläufigen Reichswehr, sich auflösen zu lassen, wie es der Versailler Friedensvertrag vom August 1919 verlangte. Die nicht am Putsch beteiligten Verbände der Reichswehr standen unter dem Kommando des Chefs der Heeresleitung, General Hans v. Seeckt. Als er aufgefordert wurde, die rechtmäßige Reichsregierung mit seinen Truppen zu schützen, machte er große Innenpolitik, indem er die Politiker abwehrend beschied: „Reichswehr schießt nicht auf Reichswehr!“

Die Reichsregierung fühlte sich damals nicht stark genug, den unbotmäßigen General in die Wüste zu schicken.

Schließlich musste die aus Berlin vertriebene Reichsregierung zusammen mit den Gewerkschaften und den demokratischen Parteien einen politischen Generalstreik organisieren, um sich der Träger des rechtsradikalen Militärputschs wieder zu entledigen. Im Gefolge dieses Generalstreiks kam es in verschiedenen Reichsgebieten zu schweren Unruhen, unter anderem im Ruhrgebiet, in Thüringen und im Vogtland. Zur Abwehr des Militärputschs rekrutierten im Ruhrgebiet sozialistische Arbeiter verschiedener politischer Richtungen bewaffnete Formationen, die sich den Namen „Rote Armee“ gaben. Nun kam es zu der grotesken Situation, dass die



gentruppen aufzustellen. Seinem Aufruf „Freiwillige vor!“ folgend, strömten vornehmlich revolutionsfeindlich eingestellte Desperados in die „Freikorps“, wie die neuen militärischen Formationen genannt wurden.

Noch bevor die Freikorps aufgestellt waren, nahmen einige der antisemitisch und antibolschewistisch eingestellten Offiziere den Kampf gegen den „inneren Feind“ gleichsam in die eigenen Hände. Sie ermordeten führende Politiker der Linken, aber auch einfache Menschen, bei denen sie eine „feindliche“ politische Einstellung ausmachten. Zu den mehr als 300 Opfern dieser rechtsradikalen Gewalt gehörten prominente Politiker wie die beiden führenden Köpfe der zum Jahreswechsel 1918/19 neu gegründeten kommunistischen Partei, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, der bayerische Ministerpräsident Kurt Eisner (USPD), der Zentrumsminister und Reichsfinanzminister

Berlin 1919: Reichswehrminister Gustav Noske lässt Regierungstruppen gegen die Streikenden vorgehen.

kämpfen so etwas wie eine Fortsetzung des Krieges. So wundert es nicht, dass Kompromissuche, zurückhaltender Gewalteininsatz und Deeskalation damals keine Chance hatten. Vielmehr nahmen die Auseinandersetzungen rasch die Form eines Bürgerkrieges an.

Ende Januar 1919 bereitete Noske die militärische Besetzung Bremens vor, wo sich eine kommunistische Räteregierung gebildet hatte. Er entsandte ein rund 3.500 Mann starkes Freikorps unter dem Befehl des Obersten Gerstenberg. Sämtliche Bemühungen um eine friedliche Beilegung des Konflikts in den Wind schlagend, beharrte Noske auf einem gewaltsamen Vorgehen der „Division Gerstenberg“. So kam es am 4. Februar 1919 zu blutigen Kämpfen, bei denen fast 400 Menschen ihr Leben verloren.

Regierung im Verbund mit der Reichswehr Teile jener Freikorps gegen die streikenden Arbeiter einsetzte, die zuvor auf Seiten der Putschisten gestanden hatten. Es kam zu blutigen Kämpfen mit einem Höchstmaß an Grausamkeit. Während die junge Republik insgesamt geschwächt dastand, hatte die Reichswehr durch ihre erfolgreichen Einsätze gegen Links im Innern an politischem Gewicht gewonnen.

Neue innenpolitische Spannungen

Innenpolitische Spannungen im Winter 1923/24 in einigen Teilen des Reichs veranlassten Reichspräsident Friedrich Ebert, den Ausnahmezustand auszurufen. Damit ging die Vollziehende Gewalt erneut, wie schon während des Weltkrieges, auf die Militärbefehlshaber über. Mit diesen Vollmachten ausgestattet, gingen Reichswehrtruppen gewaltsam gegen die sächsische und thüringische Landesregierung sowie gegen einen kommunistischen Aufstand in Hamburg vor.

Damit hatte sich das Militär als ein schlagkräftiges Instrument der Reichsgewalt erwiesen. Die Offiziere kämpften allerdings weniger für die Republik, als vielmehr – in der Kontinuität ihrer eigenen Geschichte seit 1848 – gegen alles, was ihnen als „links“ galt und für einen militärischen Machtstaat der Zukunft.

Die Militarisierung der preußischen Schutzpolizei

Eine nicht unbeträchtliche Zahl von Soldaten, die infolge der erzwungenen Teilabrüstung die Vorläufige Reichswehr verlassen mussten, kamen in der Preußischen Schutzpolizei unter. Dort trugen sie mit ihrem militärischen Habitus und den dazu gehörigen Denkweisen zu einer Militarisierung dieser Institution bei. Ehemalige Frontoffiziere übernahmen nach und nach führende Polizeistellen und verdrängten die „gelernten“, älteren Polizeioffiziere. Es wurde ein „soldatisches Selbst-

bewusstsein“ kultiviert. Manche Polizei-Offiziere hielten sich Unterwachtmeister als „Burschen“. Man übernahm die militärischen Offiziersdienstgrade und den militärischen Gruß als „Ausdruck der Berufsauffassung“. In der kasernierten Ausbildung des Nachwuchses spielten infanteristische Ausbildungsgrundsätze eine große Rolle. Es gab, wie in der Reichswehr, antisemitische Tendenzen und massive Vorbehalte



Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (neben Sachsen-Anhalts Innenminister Klaus Jeziorski) während einer Pressekonferenz nach der IMK im März 2006. Die Innenminister der unionsgeführten Länder und der Bundesinnenminister hatten sich auf der IMK erneut für erweiterte Einsatzmöglichkeiten für die Bundeswehr im Inneren sowie einen Einsatz der Bundeswehr während der Fußballweltmeisterschaft ausgesprochen. Fotos (3): dpa

gegen die demokratischen Parteien, gleichzeitig nicht wenige Verbindungen zur rechtsradikalen Szene.

Obwohl in den ruhigeren Jahren der Weimarer Republik (1923-1928) ein geringfügiger personeller Wandel durchgesetzt werden konnte, gelang die „Entmilitarisierung“ der preußischen Schutzpolizei letztlich nicht. Die „Schupo“ blieb eine Organisation der Staatsmacht, in der trotz aller Reformbestrebungen militärische Ordnungsprinzipien, Mentalitäten und Einstellungen fortlebten. Schließlich endete die Geschichte der preußischen Schutzpolizei dort, wo sie begonnen hatte: beim Militär. Nach politischen Säuberungsmaßnahmen in der ersten Phase

der nationalsozialistischen Herrschaft wurde sie 1935 der Wehrmacht eingegliedert.

Polizei und Wehrmacht im Vernichtungskrieg

In der Zeit des Nationalsozialismus wurden die Grenzen zwischen polizeilichen und militärischen Aufgaben weiter eingeebnet. Der traditionelle Aufgabebereich der Polizei, für Ruhe und Ordnung im Innern des Staates zu sorgen, erfuhr eine extreme Ausweitung bis hin zur Einbeziehung von Polizeiverbänden in die Kriegfüh-

rung. Unter Tarnbezeichnungen wie „Schutzstaffel“, „Sicherheitspolizei“ und „Sicherheitsdienst“ wurde ein maßgeblicher Teil des von Heinrich Himmler als „Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei“ zentral geführten Polizeiapparats zum Instrument der rassenideologischen Vernichtungspolitik. Die SS arbeitete mit dem Militär eng zusammen. In der Praxis des Vernichtungskrieges vermischten sich militärische und polizeiliche Handlungspraktiken.

Strikte Aufgabentrennung nach 1945

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland zog auch bezüglich der Aufgaben von Polizei und Militär die Lehren aus der Geschichte. Es schreibt eine strikte Trennung von polizeilichen und militärischen Aufgaben vor. Die Bundeswehr ist für die äußere Sicherheit zuständig, die Polizei für die innere. Mit seinem Artikel 87 a über „Aufstellung und Einsatz der Streitkräfte“ und dem Artikel 91 über den „inneren Notstand“ stellt es rechtliche Mittel bereit, um die Bundeswehr bei Naturkatastrophen sowie in besonders schwe-

ren Fällen des inneren Unfriedens heranzuziehen, nämlich zur „Bekämpfung organisierter und militärisch bewaffneter Aufständischer“.

Im Gefolge der strikten Trennung von polizeilichen und militärischen Aufgaben wurden in diesen beiden Institutionen unterschiedliche Taktiken der Gewaltanwendung entwickelt. Während sich das militärische Handeln an den Zielen der Vernichtung und des Sieges orientiert, übt sich die Polizei in der Praktizierung des Prinzips der Verhältnismäßigkeit der Mittel. Die unterschiedlichen Fähigkeiten sind nicht einfach austauschbar. Nach dem Willen des Verfassungsgebers sollen sie auch nicht miteinander vermischt werden.

Die Bundesrepublik Deutschland ist bislang gut mit den – Bundeswehr und Polizei betreffenden – Regelungen des Grundgesetzes gefahren. Gewiss: Bonn ist nicht Weimar, auch Berlin ist nicht Weimar. Aber der Blick in die weiter zurückliegende deutsche Geschichte lässt doch erkennen, welche verheerenden Folgen der innenpolitische Einfluss des Militärs hatte, und welche Opfer der Gewalteininsatz von Freikorps und Reichswehr in der Weimarer Re-

„ Wenn mehr Sicherheitsbedarf im Innern besteht, soll man die Kapazitäten der Polizei verbessern. “

publik forderte. Vor diesem Hintergrund möchte man davor warnen, bewährte Grundgesetznormen unter „pragmatischen“ Gesichtspunkten aufzuweichen oder gar umzuschreiben. Der Kampf gegen den Terror ist die Aufgabe von Geheimdiensten und der Polizei. Der in den USA ausgerufene „Krieg gegen den Terror“ beruht auf einer falschen Analyse. Er führt auch nicht zum Erfolg, wie längst erkennbar ist.

Ausblick

Bekanntlich gibt es das Argument, man habe in Deutschland bereits in den zurückliegenden

Jahren hinreichend aus der Geschichte gelernt, die Bundeswehr sei nahtlos in den demokratischen Rechtsstaat integriert und parlamentarisch kontrolliert. Zusätzlich wird argumentiert, die unbestreitbar positive Entwicklung sei u. a. der konsequenten Trennung militärischer und polizeilicher Aufgaben zu verdanken, die im Grundgesetz festgelegt sei, und deshalb dürfe man an dieser Struktur keinesfalls rütteln.

Meine Position: Die von historischen Erfahrungen geprägten Bestimmungen des Grundgesetzes, nach welchen das Militär strikt aus der Innenpolitik herauszuhalten ist, stellen eine große Errungenschaft dar. An ihnen sollte auch in der Zukunft konsequent festgehalten werden.

Wenn mehr Sicherheitsbedarf im Innern besteht, soll man die Kapazitäten der Polizei verbessern.

Prof. Dr. Wolfram Wette

Betriebs- und Dienstvereinbarungen gesucht

Die Hans-Böckler-Stiftung betreibt als gemeinnützige Einrichtung das „Archiv Betriebliche Vereinbarungen“. Über 9.000 Betriebs- und Dienstvereinbarungen liegen bereits vor, zu 34 Themenbereichen können wir Auswertungen und Analysen anbieten. Seit neuestem betreiben wir die Online-Datenbank unter www.boeckler.de/betriebsvereinbarungen.

Wir bitten, uns dieses Mal mit der Zusendung von abgeschlossenen Betriebs- bzw. Dienstvereinbarungen zu folgenden Themen zu unterstützen:

- Bündnisse für Arbeit oder Beschäftigungszusagen
- Arbeitsmöglichkeiten von Betriebs- und Personalräten, z. B. Büroausstattung des BR/PR, ReferentInnen bzw. StabsmitarbeiterInnen des BR/PR, Budgetierung des BR/PR-Haushalts, Reisekosten, Gratifikationen, Freistellungen, BR-Weiterbildung, BR-Berater
- Leistungs- und erfolgsorientiertes Entgelt, z. B. zu Akkord, Prämien, Provision, Leistungszulagen, Entgeltregelungen, Jahresprämien, gain-sharing, Entgeltkomponenten auf der

Basis von Zielvereinbarungen

- Personalbeurteilungen, z. B. zu Zielvereinbarungen, Beurteilung, Mitarbeitergesprächen

Wir sind an allen, auch weniger weit reichenden Regelungen interessiert. Lieferanten von Vereinbarungen erhalten die Publikationen zu verschiedenen Themen kostenlos. Die Vereinbarungen werden streng anonymisiert ausgewertet.

Hans-Böckler-Stiftung



EUROPA

Die polnische Polizei – mit großen Schritten in Europa angekommen!

Vom 19. bis 21.9.2006 besuchte die AG Europa der Jungen Gruppe (GdP) die europäische Grenzschutzagentur FRONTEX sowie die polnische Polizei in Warschau. Ziel der AG war es, die Arbeit der europäischen Grenzschutzagentur FRONTEX kennen zu lernen und das Europaseminar 2007 in War-

spiel der Abteilung „Training“ vorgestellt, wie FRONTEX die einzelnen europäischen Länder unterstützt und welches Ausbildungsmaterial FRONTEX zu Verfügung stellt. FRONTEX existiert zwar erst seit Mai 2005, ist aber bemüht, die Grenzsicherung europaweit zu-

Danach gehen die ausgebildeten Polizisten für drei Jahre auf die örtlichen Polizeireviere. Nach der dreijährigen Bewährungszeit können sich dann die Polizeibeamten für die Bereiche Verkehrspolizei, Kriminalpolizei, Bereitschaftspolizei und den Bereich der Prävention weiter qualifizieren. Auf die Frage nach der Arbeitszeit wurde geantwortet, dass die wöchentliche Arbeitszeit 40 Stunden beträgt.

polizei Warschau ausgewertet. Sollten Straftaten darauf erkannt werden, werden die Aufnahmen dann als Beweismittel in dem eingeleiteten Strafverfahren verwandt. Außerdem besuchten wir die Kollegen der polnischen Polizeigewerkschaft NSZZP. Sie haben uns einen Überblick über die Gewerkschaftsstruktur innerhalb der polnischen Polizei gegeben und über ihre aktuellen Themen informiert. Ferner besuchten wir ein Präventionsprojekt der polnischen Polizei, welches in Form von zwei Theaterstücken, eines für Jugendliche sowie eines für Erwachsene, versucht die Folgen von Drogenmissbrauch und häuslicher Gewalt den Bürgern näher zu bringen.



Zusammen mit den polnischen Gewerkschaftskollegen bei der Vorstellung des Präventionsprojektes. Fotos (2): JG

schau vorzubereiten. Der Kollege PHK Uwe Reis stellte uns den Aufbau sowie die Organisation von FRONTEX vor. Im Rahmen der Organisations- und Aufgabenvorstellung stellte sich der Leiter der Abteilung „Operations“ bei FRONTEX LtPD Eckerhardt Wachse vor. Er schilderte während dieser Gesprächsrunde die momentanen Schwerpunkte seiner Abteilung. So erläuterte er die anstehenden Maßnahmen im Bereich des Mittelmeeres sowie die Unterstützung der einzelnen Länder wie z. B. Spanien bei der Bekämpfung der unerlaubten Einreise auf dem Seewege. Im Anschluss hat Uwe Reis uns am Bei-

kunftsorientiert und modern fortzuentwickeln. Im Anschluss hat uns der Pressesprecher Herr Sokolowski der Hauptstadtkommandantur Warschau empfangen. Er hat uns die Aufteilung der Hauptstadtkommandantur Warschau vorgestellt. Ferner erläuterte er uns die Grundvoraussetzungen, um bei der polnischen Polizei eingestellt zu werden. Als Schulbildung werden zwölf Schuljahre erwartet. Im Weiteren beinhaltet der Einstellungstest die psychische und physische Überprüfung der Bewerber. Nach dem bestandenen Einstellungstest erfolgt die zehnmonatige Grundausbildung.

Nach dem Gespräch wurde uns die Einsatzzentrale der Warschauer Polizei gezeigt. Sie ist der Stolz und das Herz der Polizei in Warschau. Hier gehen alle Notrufe der Stadt ein. Ebenfalls laufen hier die Bilder der insgesamt 150 automati-

Mit dem stellvertretenden Hauptkommandanten Herrn R. Siewerski haben wir uns in einem angeregten Gespräch über die Lebens- und Arbeitsbedingungen der polnischen Polizisten ausgetauscht. Ich möchte mich im Namen aller Teilnehmer dieser Fahrt bei den



Besuch mit den polnischen Gewerkschaftskollegen beim stellvertretenden Kommandant der Hauptkommandantur Polen Herr Siewerski.

sierten im Stadtgebiet verteilten Kameras ein. Die Beamten der Einsatzzentrale können jede einzelne Kamera bei Bedarf, z. B. eines Einsatzes zur Unterstützung der eingesetzten Beamten vor Ort, bewegen. Alle Aufnahmen jeder einzelnen Kamera werden mitgeschnitten. Die Aufbewahrungszeit der Aufnahmen beträgt mindestens drei Monate. Alle Aufzeichnungen werden von einer Abteilung der Po-

kollegen von FRONTEX sowie den polnischen Kollegen für die Gastfreundlichkeit und die vielen interessanten Eindrücke, die wir gewinnen konnten bedanken. Alle die mehr über die Arbeit der Polizei in Polen und das Leben in Polen erfahren wollen, melden sich bitte für das Seminar 2007 in Warschau an. Ein ausführlicher Text steht unter www.gdpjg.de. **NZ**



Übernahmegarantie gesichert

„Es wird weiterhin eine garantierte Übernahme bei der rheinland-pfälzischen Polizei geben“, so die Zusage des Innenministers Herrn Karl-Peter Bruch gegenüber der Jungen Gruppe (GdP) und der JAV (Jugend- und Auszubildendenvertretung) bei einem Gespräch im ISM in Mainz am 13.9.06 bezüglich des Änderungsentwurfs zur Laufbahnverordnung.

Politisch sei es nach wie vor angestrebtes Ziel, die Personalstärke von 9.014 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten zu halten. Er könne es sich daher nicht leisten, die garantierte Übernahme abzuschaffen.

In der geplanten Änderung

aus dem Entwurf entfernt. Es soll sich nun ausschließlich um eine Regelung handeln, die dem Gesichtspunkt des Auswahlermessens des Ministers Rechnung trägt. Also eine Regelung, die nur in absoluten Ausnahmefällen Anwendung finden soll.

Das Innenministerium erklärte sich bereit, eine Informationsveranstaltung auf dem Hahn durchzuführen, sobald die Laufbahnverordnung in Kraft gesetzt ist.

Eine Absenkung der Eingangsbesoldung von A9 auf A8 für die Dauer von drei Jahren sei jedoch unumgänglich. Er habe sich im Ministerrat, welcher Entscheidungsträger sei, nicht

besolden, zudem auf der Homepage der rheinland-pfälzischen Polizei nach wie vor mit der A9 erworben wird.

Wir geben uns mit diesem Ergebnis (Besoldung nach A8)

nicht zufrieden und werden jetzt an die Landesregierung herantreten, denn wir – Junge Gruppe und JAV – bleiben für euch am Ball!

SK, TS

Mentoring-Programm geht in die Praxis



Das Pilotprojekt zwischen jung und alt, Stichwort Mentoring, ging Ende September im ersten Pilotlandesbezirk Saarland in die heiße Phase. Der Einladung des Landesjuniorenvorsitzenden Artur Jung und des Landesjugendvorsitzenden Jens Berner folgten junge und junggebliebene GdP-Mitglieder. Nach einem spannenden und nahezu alle gesellschaftlichen Aktionsfelder ansprechenden Fachvortrag vom Bundesjuniorenvorsitzenden a.D. Heinz Blatt tauschten sich die Teilnehmer sehr interessiert, aber genauso kontrovers über das Pilotprojekt aus.

Dabei machte Sascha Göritz als Bundesjugendvorsitzender nochmals deutlich, dass das Projekt als eine Aktion von Geben und Nehmen zwischen den Generationen angelegt sei. Beide Altersgruppen seien aufgerufen, sich aktiv, fordernd und interessiert in den Prozess einzuschalten. Auf die weitere Entwicklung der vorgetragenen Ideen kann man nur gespannt sein.

SG



Minister Karl-Peter Bruch, Markus Behr, Karina Faltin, Tina Saxler, Sabrina Kunz, Thomas Sinner, Sarah-Christin Großhans und Christian Günter (v.l.n.r.)
Foto: JG

der Laufbahnverordnung ginge es um absolute Einzelfälle und auch dort handle es sich um ein längeres Verfahren.

„Diejenigen, die sich als ungeeignet für den Polizeiberuf erweisen, werden frühzeitig darauf hingewiesen, ein polizeigerechtes Verhalten an den Tag zu legen und nicht überraschend am Tag der Ernennung nicht übernommen“, so der Minister.

Die durch die Junge Gruppe (GdP) kritisierte Formulierung „neben haushaltsrechtlichen Gesichtspunkten“ habe er bereits

durchsetzen können, so der Minister gegenüber der Jungen Gruppe und JAV. Gleichzeitig wies er jedoch daraufhin, dass das Innenministerium diese Herabsenkung nicht befürwortet habe, aber ihm seien die Hände gebunden.

„Ich kann und wir werden die Aussage des Ministers so nicht akzeptieren“, so Sabrina Kunz nach dem Gespräch. Es wäre ein Tropfen auf den heißen Stein, ein kaum merkbarer Umstand, die laufenden Studiengänge (28.-30. Studiengang) noch nach A9 zu

Seminare 2007

- 15. - 18.3.2007
S1 „Islamistischer Terrorismus – Spagat zwischen Sicherheits- und Integrationspolitik?“
- 17. - 22.6.2007
S7 Europa- Seminar in Warschau (Polen)
- 19. - 22.8.2007
S3/1 Fit in den Job
- 22. - 25.8.2007
S3/2 Fit in den Job
- 23. - 28.9.2007
S4 Europa - Staaten wachsen zusammen
Mehr unter: www.gdpjg.de

IMPRESSUM:

Herausgeber:
Bundesjugendvorstand Junge Gruppe (GdP),
Stromstr. 4, 10555 Berlin
Telefon: (030) 39 99 21- 105;
Fax: (030) 39 99 21- 200
www.gdp-junge-gruppe.de
jg@gdp-online.de
V. i. S. d. P.: Sascha Göritz
Redaktion:
Fanni Schneider, Thomas Sinner und Marc Behle

Geschichten aus Deutschlands fröhlichsten Tagen

Die Fußball-Weltmeisterschaft war enorm, die Stimmung grandios und jeder erinnert sich gern an die fröhliche, internationale und lockere Atmosphäre. Wir wollten dieses Flair noch ein wenig bewahren und hatten daher Kolleginnen und Kollegen aufgerufen, „ihre“ WM-Story aufzuschreiben. Daraus wollten wir eigentlich ein Sonderheft

machen. Nun – dazu hat es nicht gereicht, aber es sind etliche Geschichten bei uns angekommen, die wir auf den nächsten Seiten veröffentlichen. Viel Spaß beim Lesen – da stellt sich noch ein wenig von der allgegenwärtigen Heiterkeit und dem unverkrampften Patriotismus ein!

Einmal fühlen wie ein Fußballstar

Ich bin Angehöriger des Bonner Alarmzuges, 40 Jahre alt und begeisterter Fußballfan. In meinem „normalen“ Dienstleben leiste ich meinen Dienst in Bonn im Einsatztrupp der dortigen PI Mitte. Während der WM waren wir vom Alarmzug natürlich auch an unsere Hundertschaft angegliedert.

Im Rahmen eines Einsatzes in Köln gelangte ich zu ein wenig Berühmtheit. Den Sachverhalt versuche ich hier noch mal komplett wiederzugeben.

Am 20. Juni fuhren wir anlässlich des Spiels England-Schwe-

das so genannte „Quartier Lateng“, ein stark von Studenten frequentiertes Viertel rund um die von mehreren Kneipen gesäumte Zülpicher Straße. Die Wirte hatten wegen des schönen Wetters die Fernseher und Leinwände in die Fenster gestellt, so dass die Fans und Kneipenbesucher auch von der Straße aus das Spiel verfolgen konnten. Die Straße war so gefüllt mit Menschen, dass die dort fahrenden Straßenbahnen nicht ohne Behinderungen passieren konnten. Nach Rücksprache mit der Einsatzleitung wurde die Zülpicher Straße daher komplett mit Gittern abgesperrt. Die Fans hatten jetzt Platz und das Spiel

ne an und standen auf. So etwas habe ich noch nie erlebt.

Massen „bewedelt“

Doch dann kam der Schock: Kollegen hatten in einer kleinen Nebenstraße, in unmittelbarer Nähe zu mehreren Kneipen, einen herrenlosen Koffer auf einem geparkten PKW gefunden.

Die Sprengwerker waren schon informiert und in der Nähe stationiert. Jetzt mussten „nur“ noch die dortigen Kneipen und die Kreuzung geräumt werden.

Unser mittlerweile eingetroffener Zugführer versuchte verzweifelt, zusätzliche Kräfte anzufordern, die aber entweder zu weit weg standen oder selber genug zu tun hatten. Also versuchten wir pünktlich zum Halbzeitpfiff mit ca. 15 Polizeibeamten vier Kneipen und die Kreuzung von Unbeteiligten zu räumen – ca. 1.000 Personen.

Wir begaben uns in die Kneipen und sprachen die Gäste an. Nach anfänglichen Irritationen: „Bist Du wirklich Polizist? – Ihr spinnt doch! – Was ist den los? – Sind hier Hooligans?“, kam die Räumung der Kneipen doch recht schnell voran.

Die letzten Meter der Kreuzungsräumung stellten sich jedoch schwierig dar. Durch einen Rückstau konnten die ersten Reihen nicht weiter zurückgehen. Die hinteren Reihen konnten uns, die Polizisten nicht sehen und reagierten nicht mehr auf unsere Aufforderungen, weiter zu gehen. Um den hinteren Reihen auch optisch

zu zeigen, dass sie weiter gehen sollten, stellte ich mich auf einen dort stehenden Container und wedelte mit meinen Armen.

Plötzlich fing ein einzelner Fan auch an, mit ihren Armen zu wedeln.



Ralf Jehring: Sobald im heutigen normalen Dienstbetrieb ein Container auftaucht, soll ich die „Welle“ machen.

Foto: Peter Schneider

Wie ein Lauffeuer wedelten immer mehr mit ihren Armen und warteten auf meine Reaktion. Ich stieg vom Container und hoffte, dass der Abstand zum verdächtigen Koffer jetzt groß genug sei.

Die nun hinter dem Flatterband stehenden Fans wurden aber unruhig und die gute Stimmung schien umzuschlagen. Wie ich später erfuhr hatte zu diesem Zeitpunkt eine Gruppe Fans einen Kollegen meiner Gruppe nach meinem Namen gefragt, denn nun ereignete sich Folgendes:

Von dieser Gruppe gingen plötzlich Sprechchöre mit den Worten: „Wir woll’n den Ralf sehn, wir woll’n den Raaalf sehn!“ aus. Immer mehr Fans schlossen sich an und schließlich riefen hunderte Fans diesen Satz.

Wie gesagt, ich bin selber ein großer Fußballfan und vielleicht auch ein wenig gekloppt, also stieg



Das Original: Ralf Jehring macht die Welle (Foto aus Video von Ralf Roecker)

den nach Köln. Am Nachmittag spielte bereits unsere Nationalmannschaft gegen Ecuador. Etwa eine Stunde vor dem Deutschlandspiel trafen wir in Köln ein. Unser Einsatzabschnitt beinhaltete den Bereich Aachener Weiher und das dortige „Schweden-Camp“, sowie

konnte beginnen. Dabei lief mir das erste Mal eine „Gänsehaut“ über den Rücken: Hunderte von Fans vor den Monitoren auf der Straße stimmten die Nationalhym-

ich wieder auf den Container und zeigten mich den Massen.

Auf meiner „Bühne“ angekommen fing ich an, die Fans mit „La Ola“-Wellen anzufeuern und nach anfänglicher Scheu/Überraschung machten die Fans einfach mit. So unterhielt ich in guter „Fußballerart nach gewonnenem Spiel“ die „Massen“.

der geschossen und auch eine kleine Videosequenz mitgeschnitten.

Jedenfalls wurde die Aktion, auch durch E-Mails und Briefe anwesender Bürger an den Kölner Polizeipräsidenten so aufgebaut, dass sich nach den Veröffentlichungen im Intra- und Internet der Polizeiseiten von Köln und Bonn auch noch der



Absperrung wegen eines herrenlosen Koffers, der sich glücklicherweise als harmlos erwies.

Foto: Ralf Roecker

Zeitgleich „entschärften“ die Sprengwerker unbemerkt und schnell den besagten Koffer, der sich glücklicherweise als harmlos erwies. Die zweite Halbzeit im Deutschlandspiel begann und die Sperrung wurde aufgehoben. Die Stimmung war gerettet. Die Fans begaben sich wieder zügig in die geräumten Kneipen – nicht ohne nochmals zu applaudieren und mich mit so genannten „High Five“ abzuklatschen.

Ich fühlte mich wie ein echter Fußballstar im Stadion!

Auch die Gesamteinsatzleitung bekam Wind von der Sache. Ich denke mal, die Kollegen der PI haben „gepetzt“. Denn im Laufe des abendlichen Englandspiels sollte ich mich dringend dort melden und meine Geschichte erzählen. Durch die Pressestelle der Polizei Köln wurde angefragt, ob es „Beweisfotos oder -filme“ gäbe. Die gab es tatsächlich, denn ein Kollege meiner Gruppe hatte mit seinem privaten Fotoapparat Bil-

der geschossen und auch eine kleine Videosequenz mitgeschnitten. WDR meldete und die Geschichte für ihre Internetseite haben wollte.

Der Gesamteinsatzleiter des Einsatzes in Köln, der Leiter der zuständigen PI und weitere Führungspersonlichkeiten suchten den Kontakt zu mir und bedankten sich für die von den Bürgern anscheinend sehr positiv aufgenommene Einlage. In einem Brief an den Kölner PP stand u.a.: „Es wurden durch die Bürger Loblieder auf die Polizei angestimmt. Einer meiner Platznachbarn bemerkte ‚Die drehen hier doch einen Werbefilm für die Polizei‘ und das war das Engagement dieses Polizeibeamten wirklich: Eine positive Werbung für die Polizei.“

Einen kleinen „Nachteil“ hatte die Sache allerdings. Sobald im heutigen normalen Dienstbetrieb ein Container auftaucht soll ich die „Welle“ machen.

Jedenfalls bleibt mir dieser Einsatz neben allem Schönen, was diese WM hervorbrachte immer im Gedächtnis. Wie man so schön sagt, davon werde ich noch meinen Enkeln erzählen.

**Ralf Jehring,
Bonn/PI Mitte /ET**

Ein Funkgerät der Bochumer Polizei erzählt

Dortmund, 10. Juni 2006, 23.00 Uhr: „Ardey* 62/10 an die eingesetzten Kräfte – Verlegen sie zurück nach Bochum!“

Trinidad/Tobago – Schweden (0:0). Was war das ein Riesenspiel in Dortmund, was war das eine Fußballbegeisterung im Stadion und in der Stadt. Und ich, seit nunmehr 32 Jahren bei der Bochumer Polizei, habe diese tolle WM-Atmosphäre mit Beamten unserer Hundertschaft erlebt – wieder einmal.

Ja, auch schon im Juli 1974 habe ich im Dortmunder Westfalenstadion fleißig gearbeitet und sehr viel kommuniziert – bei dem Spiel zwi-

schon Holland und Brasilien (2:0). Kommuniziert? Davon später mehr! Im Gegensatz zum heutigen Samstag schüttete es damals wie aus Eimern, aber ca. 40.000 Holländer ließen sich davon nicht beeindrucken. Die Teams um Cruyff und Neeskens bzw. um Marinho und Rivelino zelebrierten „Fußball vom Feinsten“, mich musste man allerdings ab und an vor dem Regen schützen. Warum denn das? Auch davon gleich mehr!

Schön, dass ich auf meine „alten Tage“ wieder „mit durfte“. Auch heute habe ich meinen Beitrag zur Verständigung geleistet, diesmal aber an einem heißen Sommertag, an dem ich mich nicht unter einem Polizeiparka verstecken musste. Na gut,

mittlerweile wird ein Großteil der verbalen Verständigung über die Kollegen „Handys“ erledigt, aber so ganz möchte und kann man auf uns „Alte Hasen“ bei der Polizei dann doch noch nicht verzichten.

Weiß der Leser dieser Geschichte überhaupt, wer ich bin? Ja, richtig, ein Handfunkgerät der Bochumer Polizei! Meine offizielle Bezeichnung: „FuG 10a“. Schon im vierten Jahrzehnt versuche ich immer, mein Bestes zu geben – was mir auch gelingt.

Und was habe ich schon alles bei der Polizei erlebt? Gleich dreimal fuhr der Papst an mir



Polizeikommissarin Nina Behrendt (29) und das FuG 10a (32) beim WM-Einsatz 2006.

Foto: Volker Schütte

vorbei, zuletzt während des Weltjugendtages in Köln. Ich kenne das Umfeld aller deutschen Kernkraftwerke, die Hamburger Hafenstraße und die Startbahn West. Ich habe Gorbatschow in

Bonn sowie Ronald Reagan in Berlin gesehen, ich war mit unserem Bundespräsidenten Köhler letztes Jahr in Bochum unterwegs und erlebte den Jahrtausendwechsel am Brandenburger Tor. Ich mache aber auch ganz normalen Streifendienst in Bochum, Herne und Witten, bin dort oft zu Fuß unterwegs – in der Regel mit etwas lebensälteren Kollegen. Viel Spaß habe ich besonders dann, wenn wir ei-

nen Kindergarten besuchen und die Kids, wie z. B. die kleine Lisa und der pfiffige Tim mit uns FuG 10a's ihre ersten Funkgespräche üben.

Ach ja, ich will nicht vergessen zu erzählen, was für eine spürbare Veränderung wir „Funken“ in den „Achtzigern“ erleben. Der Druck auf unsere Sprechtafeln wurde ein wenig zarter und in einer deutlich höheren Oktavlage sprach man

(frau) in uns hinein. Seit dieser Zeit bin ich „Bei uns im Revier“ auch mit Polizistinnen unterwegs.

Na gut, jetzt genug mit Vergangenheit. Morgen werde ich in der Funkwerkstatt wieder auf Vordermann gebracht. So ist das halt, wenn man ein wenig älter geworden ist. Schon in einigen Tagen geht es in Sachen Fußballweltmeisterschaft „Auf Schalke“ und dann, Anfang Juli, wieder zurück in den Fußballtempel des

BVB – zum WM-Halbfinale, wo hoffentlich dann auch unser Team auflaufen wird.

„Die Welt zu Gast bei Freunden“ – und ich altes Bochumer FuG 10a war wieder mit dabei. Toll! Doch jetzt erst einmal „Ende mit Ardey“ – aber natürlich nur für heute!“

* „Ardey“ ist der Funkname der Bochumer, Herner und Wittener Polizei im 2m-Funk
Volker Schütte

Vorbei – aber nicht vergessen

Unser Land ist weitestgehend wieder zur „Normalität“ zurückgekehrt und ein Jeder muß sich wieder mit den alltäglichen Dingen auseinandersetzen. Das Meer der Deutschlandfahnen ist geschrumpft, aber – und das ist das Vermächtnis dieser Weltmeisterschaft – das wieder gefundene Selbstvertrauen tut unserer Nation gut und klingt nachhaltig nach.

Es klingt sicherlich noch länger bei allen GdP-Helfern nach, die aktiv im Rahmen des GdP-Betreuungskonzeptes vom 9. Juni bis 9. Juli 2006 mitgeholfen haben, unsere dienstlich eingesetzten Kollegen vor Ort zu betreuen, sei es mit Getränken, Speiseeis, nützlichen Werbemitteln oder gar rezeptfreien Medikamenten.

Als einer der vielen GdP-Pensionäre, stand für mich von Anfang an fest, das ist eine einmalige Sache, die noch lange nachklingen wird, sei es als Gesprächsstoffe im Freundeskreis oder bei späteren Enkeln. Dazu kam noch, dass mir noch gut die Fußball-WM 1974 in Erinnerung war, bei der wir neben der Begleitung des WM Busses der damaligen Nationalmannschaft der „Bundesrepublik Deutschland“ als auch bei dem „Regenspiel“ im Frankfurter Waldstadion Polen– Bundesrepublik Deutschland eingesetzt waren. Also da meldest du dich. Dazu gewann ich als Partner auch meinen Pensionärskollegen Wolfgang Weiß.

In der Betreuungszentrale im DGB Haus III, Untermainkai 33 statteten wir uns mit Werbeartikeln aus, die speziell für diese WM angefertigt wurden. Neben dem WM-Fußballkugelschreiber waren die WM-Sticker, die es in drei verschiedenen Ausführungen gab, besonders heiß begehrt.

Hatten den Tagen unseres Einsatzes hatten wir jede enge freundliche Begegnungen und Erlebnisse.

Der Höhepunkt jedoch sollte der Einsatz rund um und im Stadion bei dem Spiel England gegen Ecuador sein. Gemeinsam mit unserem Landesvorsitzenden Jörg Bruchmüller waren wir an den Kontrollstellen präsent. Und da zu dieser Zeit schon die Sonne umbarmherzig brannte, waren unser kostenloses Eis und die kühlen Getränke die Renner. Davon machte übrigens auch die Polizeivizepräsidentin aus Frankfurt, Frau Thureau, die uns besuchte Gebrauch.

Englische Fanggruppen, die zu ihrem Blockeingang das Stadion umrundeten, wollten gemeinsame Fotos mit einem German Policeman und auch mit den eingesetzten englischen Bobbys stellen wir uns zu einem gemeinsamen Foto.

Als das Spiel begann hatten wir von unserem Standort einen hervorragenden Blick auf das Spielfeld und der tausenden von englischen rot-weißen Fahnen. Beim Singen unserer Nationalhymne bekam ich ebenso Gänsehaut wie beim stimmungswaltigen Chor

ihrer Nationalhymne von tausenden englischen Fans.

Wenn man als Zuschauer am Fernseher den Schlusspfiff hört, ist allerdings noch lange nicht Schluss im Stadion. Es dauerte

zollte man von allen Seiten großes Lob und so ließ es sich unsere Gewerkschaft auch nicht nehmen, zum Abschluss alle an diesem Konzept Beteiligten zu einer Feier einzuladen.



Vor dem Spiel England gegen Ecuador: Englische Fanggruppen wollten gemeinsame Fotos mit einem German Policeman und auch mit den eingesetzten englischen Bobbys. Also stellten wir uns auf.

Foto: Dietmar Reichel

noch ca. 1,5 Stunden, bis alle das Stadion verließen, nicht etwa dass es Engpässe bei den Auslässen gegeben hatte, nein, man feierte gemeinsam – egal ob Gewinner oder Verlierer und das war besonders schön – friedlich und ohne Krawalle oder Feindseligkeiten.

Dem Betreuungskonzept zu dieser Fußballweltmeisterschaft

Wir bedanken uns ausdrücklich bei unserer Gewerkschaft der Polizei, die uns als Pensionäre im Rahmen dieses Betreuungskonzeptes unmittelbar an den Ereignissen der Fußballweltmeisterschaft haben teilnehmen lassen und uns damit unvergessene Erlebnisse bescher-
ten.

Dietmar Reichel, per E-Mail

Kekse für Schweden

Da auch ich das Besondere an dieser WM „live“ miterlebt habe, möchte ich die Erlebnisse gerne mit anderen teilen:

Im Rahmen der Alarmhundertschaft war unser Zug in Berlin am Pariser Platz und somit in unmittelbarer Nähe zur Fanmeile am Brandenburger Tor positioniert.

Schon kurz nach Beginn der WM zeichnete sich ab, dass die angereisten Fans, wo auch immer

auf jedem Kontinent zu finden sein dürfte. Das farbenfrohe Äußere und das Dauergrinsen der Fans steckte so gut wie jede Kollegin und jeden Kollegen an, so dass wir sehr häufig für unsere Hilfsbereitschaft und Kontaktfreudigkeit gelobt wurden. Sehr häufig waren Äußerungen wie „you are the best police in the world“ (ihr seid die beste Polizei der Welt) oder „you are the nicest cops we've ever met“ (ihr

„Wirgefühl“ answollen. Besonders hervorzuheben ist unbedingt das Spiel gegen Argentinien. Durch die lange Führung der Argentinier, entwickelte sich eine (An)Spannung auf der Fanmeile (800.000 Leute), die so konzentriert war, dass es absolut still wurde (man hätte einen Vogel zwitschern hören können) und sich erst mit dem Kopfballdor von Klose in einen schier grenzenlosen Jubel entlud.

In freudiger Erinnerung bleiben mir sicherlich auch die schwedischen Fans, welche den Wittenbergplatz in ein gelbes Meer und volle Bierfässer in Savannen verwandelten. An keiner Stelle führte der Alkoholkonsum jedoch zu Aggressionen, so dass die Schweden immer offener und kontaktfreudiger wurden. Kurz vor Ende der Nachtschicht sprachen uns die vermutlich letzten schwedischen Nachtschwärmer an, wobei mir ein recht hagerer junger Schwede mit einem Elchgeweih auf dem Kopf in besonderer Erinnerung bleibt. Dieser junge Schwede hatte aufgrund seines vorangegangenen Alkoholkonsums einen recht undefinierbaren Blick (ich hatte nie das Gefühl, dass er mich ansah, während wir uns unterhielten), so dass ich ihm zur Stärkung eine

Scheibe Kassler aus meinem Verpflegungsbeutel anbot. Was jedoch zunächst mit einem „No“ und der Frage nach noch vorhandenen Bierreserven bei der Polizei beantwortet wurde.

Eine tief greifende Diskussion über das Verhältnis Polizei-Alkohol ersparte ich ihm und bot ihm stattdessen eine Packung Kekse an, welche ihn nach kurzer Würdigung des Fremdkörpers in lauten Gesang verfallen ließ: „Ich haabe Keeks, Ich haaaabe Keeks“. Ob er sich damit den Unmut eines schlafenden Adlon-gastes zuzog, bleibt unbekannt, wir haben jedenfalls aus vollem Herzen gelacht.

Aber nicht nur das neu entdeckte Nationalgefühl der Deutschen auch das Wirgefühl der Fans aus allen Erdteilen beeindruckte und machte deutlich, dass es vielleicht um mehr als „nur“ um Fußball ging. Mit dieser Stimmung ging für mich diese wunderbare WM zu Ende, als in der Nacht nach dem Finale gegen 5.30 Uhr, ca. 150 Fans verschiedenster Länder gemeinsam begleitet von ca. 20 Trommlern über den Potsdamer Platz in den dortigen Bahnhof zogen, dem antreibendem Rhythmus der Musik folgend, feierten und tanzten. Fast schien es so als wollten sie das Ende dieser tollen WM nicht wahrhaben und dagegen an-trommeln.

Für mich bleiben letztendlich ein tolles Gefühl im Bauch und der Gedanke zurück bei einem ganz besonderen Ereignis dabei gewesen zu sein.

Marc Tetzner, Berlin



Diese Stimmung bleibt unvergesslich ...

Foto: Tetzner

sie herkamen, sehr offen, friedlich und vor allem kontaktfreudig waren.

Sehr beliebt waren Fotos von uns mit den jeweiligen Fans Arm in Arm vor unserem Dienstwagen. Ich bin mir ziemlich sicher, dass mein Antlitz in Fotoalben

seid die wunderbarsten Polizisten, die wir je getroffen haben).

Zu den absoluten Highlights zählten sicherlich die Deutschlandspiele, wo mit jedem weiteren Spiel „unserer Jungs“ die Euphorie und das oft betonte

derer Erinnerung bleibt. Dieser junge Schwede hatte aufgrund seines vorangegangenen Alkoholkonsums einen recht undefinierbaren Blick (ich hatte nie das Gefühl, dass er mich ansah, während wir uns unterhielten), so dass ich ihm zur Stärkung eine

WM-Euphorie

Ich hätte als 75-jähriger Polizei-Senior nicht gedacht, dass ich mich zum Thema Fußball jemals äußern würde. Aber die Euphorie im Kreise meiner ehemaligen Polizeikollegen, die noch zum großen Teil mit zur Sicherung der Fußballweltmeisterschaft waren, steckte mich an. Hinzu kam noch, dass unsere Nationalmannschaft wirklich eine tolle Leistung vom

Anfang bis zum Ende gezeigt hat. Es war eine Party ohne Ende, ganz Deutschland lag im Fußballtaumel. Fröhlich und friedlich!

Man staune, wie sich ein Land so schnell verändern kann. Ich dachte oft dabei an Franz Lehárs Operette „Das Land des Lächelns“. So müsste es immer sein. Die täglichen Sorgen waren im Fußballrausch vergessen.

Die Überstundenzahl der eingesetzten Beamten werden wohl ins Unendliche gehen, doch wir können trotz Überstunden und über 30 Grad im Schatten sagen, nicht nur die Nationalmannschaft hat ihr Ziel erreicht, auch unsere eingesetzten Leute zeigten, dass Ordnung und Sicherheit gewährleistet wurde. Dies war wohl das oberste Gebot der WM 2006.

Leider hat die Fußballeuphorie nun ihr Ende und wir können hoffen, dass Frau Merkel unserem Klinsmann nacheifert, damit auch endlich die Politik von den Menschen geachtet wird. Unsere Polizei zeigte ihre beste Seite und ist gewillt die guten Leistungen weiter zu vollbringen, wenn man die Polizei nicht kaputt spart.

Martin Händler, Dessau

Begehrte Fotomotive: Polizei



Auch die 13. BPH aus Bonn war bei der WM dabei und dort haben wir vom II. Zug ein paar Fotos gemacht – vor dem internationalen Flair konnte sich niemand verschließen. Dominik Löwenstein

Ich war als Kradfahrer des Polizeipräsidiums Trier zum WMEinsatz nach Kaiserslautern abgeordnet. Ausgestattet mit einer nigelneuen BMW RT 1200 war ich dem Einsatzabschnitt Lotsung und Eskorte zugeteilt. Und so bekam ich den exzellenten Auftrag, am 23.6.06 – dem Tag, als Spanien gegen Saudi-Arabien in Kaiserslautern spielte – die Prinzen von Saudi-Arabien in Zweibrücken vom Flugplatz abzuholen – ohne besonderen Personenschutz, die wollten keinen großen Bahnhof.

Die Prinzen von Saudi-Arabien – das versprach etwas Besonderes zu werden. Und so sollte es auch kommen:

Unmittelbar nach meiner Ankunft am Flugplatz-Zweibrücken nahm ich Kontakt mit dem Leiter des Flughafens auf. Der war bereits mächtig im Stress, da mehrere Flugzeuge der „Iberia“ mit heißblutigen Fußballfans gelandet waren. Diese hatten in Null-Komma-Nichts das kleine Terminal in ein Tollhaus verwandelt. Und jetzt noch die Prinzen aus Saudi-Arabien, die direkt auf dem Rollfeld aussteigen wollen!

Ich fuhr zu einem Seitentor, wo ich auf den Staatsbesuch wartete. Nur wenige Minuten später hatten sich die ersten Schaulustigen eingefunden: WM-Spiel in Kaiserslautern, Polizei am Seitenein-

gang. Da musste was im Busch sein ...

Kurz darauf trafen drei dunkle Mercedes-Limousinen der S-Klasse ein. Ein junger, dunkel gekleideter Mann stieg aus und stellte sich als persönlicher Referent des Botschafters von Saudi-Arabien vor. Dieser saß noch in seinem Wagen und war wild gestikulierend am telefonieren. Der persönliche Referent sprang hin und her, um mich über die Wünsche der königlichen Gäste und neueste Entwicklungen zu informieren. Der Privat-Jet des Königshauses landete pünktlich um 13.05 Uhr. Der Botschafter raste zusammen mit den beiden anderen Fahrzeugen aufs Flugfeld und begrüßte in tief gebeugter Haltung die Königssöhne und deren beiden Cousins.

Sonderwünsche

Ich bemerkte, dass es zu einer kurzen Diskussion zwischen den Prinzen, dem Cousin und dem Botschafter kam. Dieser kam mit Schweißperlen auf der Stirn zu mir und meinte, die königlichen Gäste würden den Fahrtablauf gerne etwas ändern: Ein Prinz möchte nach Frankfurt, um dort andere Familienangehörige zu

Prinzen-Lotse

treffen. Der zweite Prinz möchte nach Mannheim, um die saudische Fußballmannschaft im Hotel zu besuchen und die beiden Cousins wollten sich vor dem Spiel noch etwas in der Stadt Kaiserslautern umsehen ...

Ich glaubte nicht richtig gehört zu haben und versuchte dem Botschafter zu erklären, dass sowohl die Mannschaft, wie auch die königliche Familie in Kürze losfahren würden, um zum Spielbeginn um 16 Uhr im Stadion zu sein. Ein Prinz war dann der Meinung, man könnte ja über Frankfurt nach Mannheim fahren, um dann im gemeinsamen Konvoi nach Kaiserslautern zu gelangen. Auch dies musste ich leider als unmöglichen Plan zurückweisen, was den Herrn Botschafter nicht recht schmeckte. Ebenso hielt ich den Plan der königlichen Cousins, über die WM-Meile zu pilgern, für schlichtweg unmöglich.

Nach kurzer Diskussion setzten wir uns endlich in Bewegung. Unmittelbar hinter dem Flugplatz fuhr ich in einen kleinen Verkehrskreisel und an der nächsten Möglichkeit wieder raus. Der aus drei S-Klasse Limousinen bestehende Tross befand sich allerdings noch immer im Kreisel, und drehte dort langsam Runde

um Runde. Die großen Wagen füllten dabei den Kreisel fast vollständig aus. Plötzlich stoppte eines der Autos, ein Fahrer stieg aus, ging zum Straßengraben und hob dort etwas auf. Voller Verwunderung sah ich, dass er einen toten Greifvogel, einen Habicht oder Bussard hochhob, ihn nach allen Seiten drehte, um ihn dann wieder zurückzuwerfen.

Per Lichthupe signalisierte man mir, dass es weitergehen konnte.

Sonderpause

Aber auf halber Strecke zwischen Pirmasens und Landstuhl fuhr plötzlich einer der Wagen neben mich und der Botschafter rief mir zu: „Die Prinzen möchten Kaffee trinken.“

Wo sollte ich jetzt Kaffee herzaubern? Wo gibt es im Sickingen Land „prinzentaugliche“ Gastronomie?

Ich steuerte mit meiner Karawane ein Ausflugslokal an, das mir aus meiner früheren Dienstzeit in Kaiserslautern noch gut in Erinnerung war. Vor diesem Lokal parkten die Limousinen nebeneinander ein. Die Wirtin empfing uns auf gut pfälzisch: „Die Küch' hott schon zu.“ Auf meine Frage nach Kaffee meinte sie: „Jo, des geht – unn a Stiggelche Kuche härn ma ach noch“. >

Zufrieden gingen die königlichen Gäste ins Lokal und man lud mich ein ebenfalls mit ein. Ich lehnte dankend ab mit dem Hinweis, ich würde die Sache von außen im Auge behalten. Dort hatten sich urplötzlich zahlreiche Einheimische um die Autos versammelt. Drei große Mercedes und ein Polizeimotorrad – und das in einem Dorf in der Pfalz!

„Was sinn den das für Leit – wo kumme die dann her?“ Als ich nach zehn Minuten endlich das Geheimnis lüftete, bekam ich von einem älteren Pfälzer Bürger die passende Antwort: „Här uff mit däne Knepp (zu deutsch: hör auf mit diesem Unsinn), dös glaabsche doch selbst net. Der Bolizei kann ma aach nix mehr glaawe.“

Nach dieser Kaffeepause ging es ohne weitere Aufenthalte weiter in Richtung Kaiserslautern, Fritz-Walter-Stadion.

Dort teilte ich den Fahrern mit, dass ich etwa 15 Minuten vor Spielende wieder vor Ort sei, um mit ihnen die Rückfahrt zu besprechen. Voller Verwunderung nahm der persönliche Referent des Botschafters zur Kenntnis, dass es mir nicht gestattet sei, mit ihnen zusammen ins Stadion zu gehen und ich somit ihre Einladung ablehnen musste.

Sonderwege

Pünktlich vor Spielschluss hatte ich mich wieder in der Stadionebene 01 eingefunden. Erstaunlich pünktlich trafen auch die beiden Königssöhne ein. Allerdings ohne die königlichen Cousins. Sie hätten während des Spiels ihre Plätze verlassen, um sich im Stadion etwas umzusehen. Man könne sie aber am anderen Ende des Stadions abholen ...

Ich wollte es nicht glauben. Spielschluss des WM-Spiels Saudi-Arabien gegen Spanien. Tausende von Fußballfans strömen aus dem Stadion, alle Straßen total verstopft und ich soll drei große Mercedes-Limousinen im Schlepptau, zwei versprengte Cousins suchen? Und wo sollte überhaupt „auf der anderen Seite des Stadions“ sein?

Ich meldete der Einsatzleit-

stelle, dass ich versuchen würde, meine verlorenen Schäfchen wieder zu finden. Man wünschte mir viel Vergnügen und Erfolg.

Mühsam quälte ich mich durch die Menge, immer meine drei unauffälligen Wägelchen hinter mir. Kurz vor dem Stadion wurde ich von einigen FIFA-Marshalls gestoppt. Ich erklärte, es ginge sozusagen um Leben und Tod, ich hätte die Prinzen von Saudi-Arabien in Begleitung. Sichtlich beeindruckt wurde mir die Weiterfahrt ermöglicht. Wenig später stand ich vor einem drei Meter hohen Stahlgitterzaun. Ich erklärte den dortigen Kollegen der Bereitschaftspolizei, warum ich unbedingt hier durch müsse. In Windeseile wurde der Zaun geöffnet (Danke!) und ich gelangte in einen publikumsfreien Raum vor der Südtribüne, Ecke Westkurve – die einzige Stelle, wo ich die vermissten Cousins vermutete. Und wie ein Wunder – nach wenigen Minuten kamen die zwei jungen Männer, heftig mit ihren Digitalrekordern winkend und inzwischen in voller Saudischer Fanmontur (Schal, Trikot, Mütze) gekleidet, auf uns zu.

Ich drängte auf eine sofortige Abfahrt. Wiederum mussten wir uns den Weg durch die Fans bahnen, gelangten aber schließlich doch auf die inzwischen stark befahrene Autobahn in Richtung Saarbrücken und nach einer guten Stunde Fahrt auf dem Flugplatz in Zweibrücken an. Die Kolonne hatte wiederum freie Fahrt auf das Rollfeld, wo sich der stark angespannte Botschafter von den königlichen Gästen verabschiedete.

Erst als die Maschine abgehoben hatte – davon wollte ich mich persönlich überzeugen – machte ich mich auf den Rückweg nach Kaiserslautern. Und wie nicht anders zu erwarten, wurde ich mit flotten Sprüchen empfangen: „Eigene Ölquelle bekommen, Zehnerkarte für den Harem, mit samt der Polizeimaschine aufgekauft worden, Wüstensand im Getriebe“ etc.

Die Prinzen samt Cousins hatten sicher einen erlebnisreichen Tag. Ich auch.

Markus Knorr, PI Birkenfeld

Bild mit Freund



Geburtstagsfoto mit Polizisten

Am 21.6.2006 war ich mit meinem Zug des USK München bei dem WM-Spiel Elfenbeinküste gegen Serbien/Montenegro im Münchener Stadion eingesetzt. Mich sprach im Stadion der kleine Phillip an, ob er mit mir ein Foto machen könne. Da dies bei der WM so oft vorkam, machte ich natürlich das Foto mit ihm.

Einige Wochen später bekam ich von meinem Zugführer den Ausdruck einer E-Mail. Diese ging am 17. Juli bei der Bayerischen Staatsregierung ein und Absender war der kleine Phillip.

Er schrieb folgendes: „Mit Sicherheit gute Spiele!“ und dabei super freundlich ... An meinem 7. Geburtstag war ich mit meinem Papa bei der WM-Begegnung Elfenbeinküste-Serbien/Montenegro in München. Im Stadion hat der freundliche Polizist mit mir dieses Foto gemacht. Diese fröhliche WM bleibt mit Sicherheit ein bleibendes Erlebnis – dazu hat insbesondere die deutsche Polizei beigetragen.

Dafür vielen Dank.
Phillip Spöckl aus Herrenberg
Ralf Raab, München

Pokal für Polizei

Das Bild entstand in Nürnberg beim Spiel Tobego gegen England.

Ein England Fan kam spontan auf uns zu und gab uns den Pott. Der war perfekt nachgebaut und sehr schwer. Ob er wirklich wollte, dass Deutschland Weltmeister wird bezweifle ich stark. Aber zumindest sah er die Polizei als Weltmeister und ich nahm den Pokal dankend in Empfang – zumindest für ein Erinnerungsfoto!

Denn nach der WM war vor dem Papst ...

Alex Steinberger, Pocking



Die Gewinner sind inzwischen gezogen und die Preise bereits per Post unterwegs.
Herzlichen Glückwunsch!

Die Redaktion